

Forum Opferhilfe

Magazin des WEISSEN RINGS



DIE GESCHICHTEN NACH UNSEREN GESCHICHTEN

Wie es weiterging

Inhaltsverzeichnis

Im Fokus:

Die Geschichten nach unseren Geschichten

- S. 4 Fesseln für mehr Freiheit**
In Spanien rettet die elektronische Aufenthaltsüberwachung seit Jahren Leben. Warum nicht in Deutschland? Ein Lagebild
- S. 11 „Uns ist kein Fall bekannt, in dem eine Benutzerin des Systems körperlich angegriffen wurde“**
Expertin Teresa Peramato erklärt den erfolgreichen Fußfessel-Einsatz in Spanien
- S. 12 Istanbul-Konvention in Deutschland: „Gravierende Lücken“ beim Opferschutz**
Ein aktueller Bericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte schlägt Alarm
- S. 15 „Worte auf einem Papier verhindern keine Morde“**
Bedrückende, aber auch beeindruckende Stimmen von Betroffenen pro Fußfessel
- S. 20 Eine fesselnde Botschaft**
Aktuelle Schlagzeilen und Stimmen zu den Recherchen des WEISSEN RINGS
- S. 22 Ein Anruf bei... Enno Saathoff**
Ein Campingplatz-Betreiber erhielt während der Coronakrise Hassnachrichten und Morddrohungen. Wie geht es ihm heute?
- S. 24 „Ich bin nicht dafür da, dass andere an meinem Unglück Geld verdienen“**
Nach dem ungelösten Mord an ihrer Tochter Frauke war Ingrid Liebs lange in True-Crime-Formaten präsent. Das hat sich jedoch geändert
- S. 28 Ein Anruf bei... Johann Kühme**
Ein Polizeipräsident äußerte sich kritisch über die AfD und wurde deswegen beleidigt, bedroht und angezeigt. Wie ist es ihm seither ergangen?
- S. 30 Zurück im Leben**
Hedwig T. zeigte einen Missbrauch an, die Kirche glaubte ihr nicht. Ein Wiedersehen mit einer Frau, die sich zur Wehr gesetzt hat – mit Erfolg.

- S. 34 Helfer brauchen weiter Hilfe**
Neuer Höchststand bei Gewalt gegen Rettungskräfte
- S. 36 Ein Anruf bei... Andreas Hollstein**
2017 überlebte der Bürgermeister einen Messerangriff. Wie sieht sein Leben jetzt aus?
- S. 38 „Jüdisches Leben ist in Deutschland so stark bedroht wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik“**
Die Zahl der judenfeindlichen Straftaten ist explodiert. Der WEISSE RING schreibt deshalb seinen Antisemitismus-Report von 2023 fort
- S. 46 Ein Anruf bei... Lisa Glowatzki**
Eine junge Schiedsrichterin berichtete 2021 von Hass und Bedrohungen. Pfeift sie heute noch?
- S. 48 Nach dem Ampel-Aus**
Welche Versprechen hinsichtlich Kriminalität und Opferschutz konnte die Regierung einlösen?

Rubriken

- S. 45 Impressum**
S. 50 Danke

Im Innern

Ehrensache:
Das Heft im Heft

38



Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Angelika Stehle

nanu, denken Sie vielleicht, wenn Sie das hier lesen: ein neues Gesicht?

Erlauben Sie mir, dass ich mich Ihnen kurz vorstelle: Mein Name ist Barbara Richstein, 59 Jahre alt, Rechtsanwältin, bis vor Kurzem war ich Landtagsabgeordnete für die CDU im schönen Brandenburg – und seit dem 28. September 2024 bin ich die neue Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS. In den kommenden zwei Jahren werden Sie an dieser Stelle regelmäßig von mir lesen.

Falls Sie gern mehr über mich erfahren möchten: Die Kollegen aus der Redaktion von „Forum Opferhilfe“ haben sich mit mir in Berlin getroffen und mich stellvertretend für Sie ausgefragt. Sie finden das Interview hier im Magazin in der „Ehrensache“, unserem Heft im Heft.

Jetzt aber genug von mir. In unserem Magazin „Forum Opferhilfe“ soll es ja um die Opfer von Kriminalität gehen, um ihre Geschichten, ihre Nöte. Unsere Reporterinnen und Reporter sprechen dafür mit Betroffenen, und sie stoßen Recherchen an, die Missstände im Opferschutz aufzeigen und Politik und Gesellschaft zu Diskussionen über Verbesserungen anregen sollen.

Aber Journalismus ist ein schnelles Geschäft. Wenn ein Heft gedruckt und ausgeliefert ist, sitzt die Redaktion schon längst wieder an der nächsten Ausgabe und bearbeitet neue Themen. Leser erhalten nur selten Antworten auf Fragen wie: Wie ging es eigentlich weiter? Hatte die Recherche Folgen? Gab es die erhofften Diskussionen in Politik und Gesellschaft? Und was wurde eigentlich aus der Betroffenen oder dem Betroffenen, deren Leid und deren Kampf gegen die Institutionen die Autoren uns geschildert haben? Seien wir ehrlich: Die Berichterstattung endet häufig mittendrin.

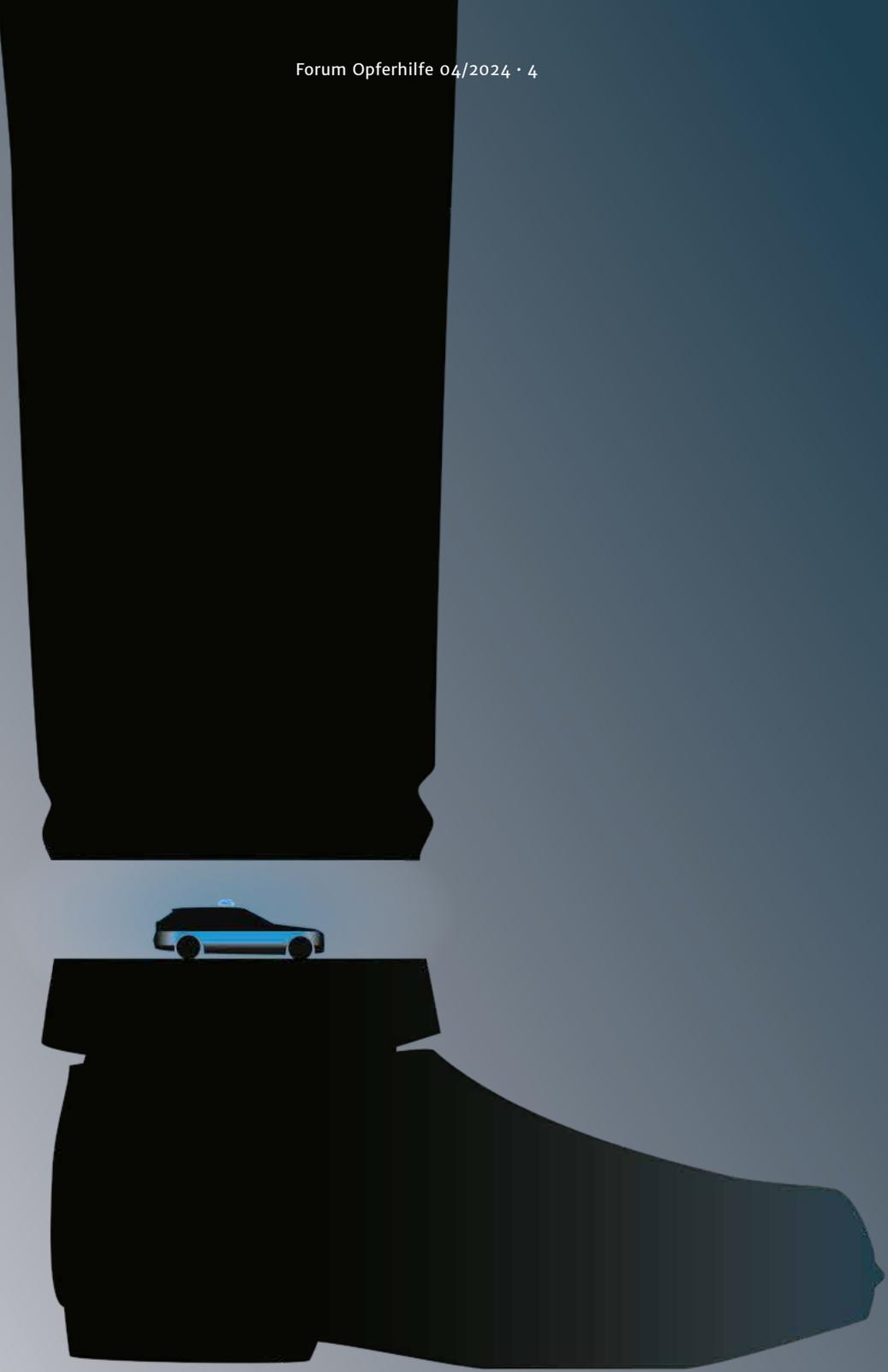
Für die letzte Ausgabe unseres Magazins in diesem Jahr hat unsere Redaktion deshalb einen eher unüblichen Ansatz gewählt. Sie möchte Ihnen die Geschichten NACH den Geschichten erzählen. Sie will beschreiben, wie es weiterging. Was mich dabei besonders freut: Als Opferschutzorganisation haben wir es häufig mit traurigen Fällen zu tun. Aber auch traurige Geschichten können manchmal eine positive Wendung nehmen und zu Mutmachergeschichten werden. So zum Beispiel im Fall von Hedwig T.: Sie zeigte bei der katholischen Kirche einen sexuellen Missbrauch an, erzählte uns ihre Geschichte ... und erlebte nach der Veröffentlichung Überraschendes.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre und – diesmal passt es – viel Freude beim Lesen!

Ihre

Barbara Richstein

Bundvorsitzende des WEISSEN RINGS



Fesseln für mehr Freiheit

In Spanien sind durch dieses Erfolgsmodell wohl Hunderte Frauen gerettet worden. Die Technologie ist auch in Deutschland vorhanden, ausgereift und sofort einsatzbereit. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat sich bereits dafür ausgesprochen, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Warum ist die elektronische Fußfessel zur Überwachung von Kontakt- und Annäherungsverboten noch immer nicht im deutschen Gewaltschutzgesetz verankert?

I. Alarm beim Ortstermin

Wiesbaden im September, Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD): Hier wird heute eine Technologie präsentiert, die Leben retten kann. Das dynamische Modell der elektronischen Fußfessel hat in Spanien bereits Hunderte Frauen vor gewalttätigen Partnern und Ex-Partnern geschützt. Das Interesse an den kleinen schwarzen Geräten ist groß. Mehrere Kamerteams und Journalisten sind gekommen und blicken nun auf die große Leinwand in dem holzvertäfelten Raum. Davor steht Johannes Schabel – schwarzes Hemd, graues Jackett – und erklärt, was da zu sehen ist. Schabel ist Leiter des Verfahrens der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in der HZD. Er ist damit so etwas wie der Herr über die Technik aller Fußfesseln in Deutschland.

Das System, so erklärt es Schabel den Journalisten, habe vier verschiedene Sicherheitszonen:

1. Die Warn- oder Pufferzone

Im System geht die Meldung ein, dass Täter und Opfer sich annähern. „Da passiert erst mal nichts“, sagt Schabel, aber: „Die Kolleginnen und Kollegen in der GÜL würden dem Fall dann schon erhöhte Aufmerksamkeit widmen.“ Die GÜL, das ist die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder im hessischen Weiterstadt. Dort werden alle Fußfessel-Träger und die wenigen -Trägerinnen in ganz Deutschland überwacht: Straftäter oder Patienten aus forensisch-psychiatrischen Kliniken, die nach der Haft- oder Klinik-Entlassung weiter begleitet werden müssen.

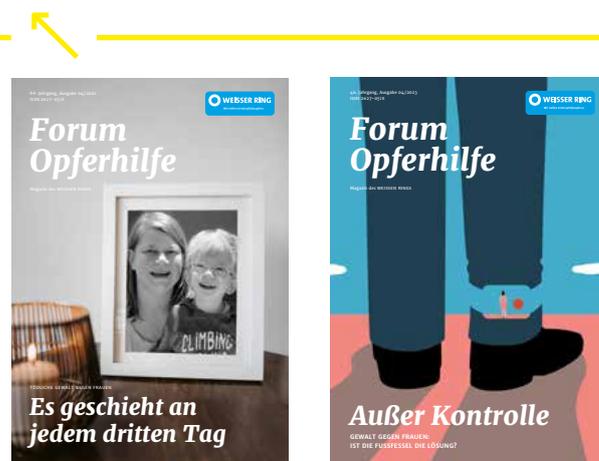
2. Die Alarmzone

Kommt der Fußfesselträger der zu schützenden Person näher, als es ihm erlaubt ist, „gibt es wirklich einen aktiven Alarm“, so Schabel. Bei der bisherigen Straftäter-Überwachung kontrolliert die Fußfessel per GPS-Tracker den Aufenthaltsort der Träger und meldet Verstöße dann, wenn eine Verbotzone betreten wurde. Mit dem neuen Modell, wie es auch in Spanien zum Einsatz kommt, werden nicht nur vordefinierte Verbotzonen überwacht, sondern: Die elektronische Fußfessel des Täters kommuniziert mit einer weiteren

GPS-Einheit, die das Opfer bei sich trägt. Das System löst Alarm aus, wenn sich Straftäter und Opfer zu nahe kommen. Diese Verstöße, aber auch Beschädigungen der Fußfesseln sowie Akkuprobleme, leitet das System sofort an die GÜL weiter.

3. Die Funkzone

Nähern sich die Geräte auf eine Entfernung von 300 Metern, schlägt auch das Opfergerät Alarm. Das heißt: Jetzt erfährt die Betroffene, dass der Gefährder in der Nähe ist.



„Es geschieht an jedem dritten Tag“ hieß die Titelgeschichte in Ausgabe 04/2021, in der unsere Autoren Christoph Klemp und Karsten Krogmann die bewegende Geschichte von Anne und ihrem Sohn Noah erzählten, die beide wohl noch leben könnten, wenn der Staat sie besser vor Annes Ex-Mann, Noahs Vater, geschützt hätte. Die Redaktion recherchierte weiter zu den Schutzlücken bei häuslicher Gewalt in Deutschland, in Ausgabe 04/2023 fragten wir unter dem Titel „Außer Kontrolle: Ist die Fußfessel die Lösung?“ Seitdem diskutiert Deutschland parteiübergreifend über die Einführung der elektronischen Fußfessel zur Kontrolle von Kontakt- und Näherungsverboten.



Zu den Artikeln

https://weisser-ring.de/system/files/domains/weisser_ring_dev/downloads/wer21-04forum-opferhilfemagazinweb.pdf



weisser-ring.de/system/files/domains/weisser_ring_dev/downloads/werforum-opferhilfe042023magazin144dpi.pdf

4. Der Panikknopf

Mit dem Panikknopf kann das Opfer Alarm auslösen und die Überwachungszentrale über eine Notsituation informieren. Die GÜL kann dann umgehend weitere Schritte zum Schutz der Betroffenen einleiten und zum Beispiel die Polizei rufen.

Beim Ortstermin in Wiesbaden übernimmt zu Demonstrationzwecken ein Mitarbeiter der HZD die Rolle des Angreifers, das potenzielle Opfer ist in diesem Fall der hessische Justizminister Christian Heinz (CDU). Der „Täter“ nähert sich von außerhalb des Gebäudes dem „Opfer“, die Journalisten können das auf einer digitalen Karte verfolgen. Als der Abstand kleiner wird, blinken auf einem Monitor nach und nach immer neue rote Warnungen auf. Der Justizminister drückt den Panikknopf.

„Wir brauchen endlich die elektronische Fußfessel nach dem spanischen Modell“, sagt Heinz. Hessen hat einen Antrag im Bundesrat auf Einführung der elektronischen Fußfessel im Gewaltschutzgesetz gestellt, die CDU/CSU-Fraktion einen entsprechenden Antrag im Bundestag. Der damalige Bundesvorsitzende und heutige Vize-Vorsitzende des WEISSEN RINGS, Dr. Patrick Liesching, ergänzt bei dem gemeinsamen Termin bei der HZD in Wiesbaden: „Durchschnittlich an jedem dritten Tag kommt es in Deutschland zur vollendeten Tötung einer Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner. Besonders betroffen macht mich dabei, dass sich viele Opfer vor ihrem Tod hilfesuchend an den Staat gewandt und auch ein gerichtliches Näherungsverbot erwirkt hatten.“ Die bisherigen Schutzmöglichkeiten seien offensichtlich nicht ausreichend.

Dass es hier eine klaffende gesetzliche Schutzlücke gibt, zeigen die aktuellsten Zahlen.



Einsatzbereit: das spanische Modell der Fußfessel · Foto: Christian J. Ahlers



„Durchschnittlich an jedem dritten Tag kommt es in Deutschland zur vollendeten Tötung einer Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner.“

Dr. Patrick Liesching, Vize-Vorsitzender des WEISSEN RINGS

II. Erschütternde Zahlen

Im Jahr 2024 haben Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gleich zweimal erschreckende Zahlen präsentiert – mit den Lagebildern zu häuslicher Gewalt und Straftaten gegen Frauen. Die traurige Bilanz: In allen Bereichen hat die Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Deutschland zugenommen. Alle drei Minuten wird eine Frau Opfer häuslicher Gewalt. 360 Frauen und Mädchen wurden 2023 getötet – es gab also fast an jedem Tag einen Femizid.

155 Frauen wurden im Jahr 2023 durch ihre Partner oder Ex-Partner getötet – 22 Frauen mehr als im Jahr zuvor. Wie viele dieser Frauen sich zuvor hilfesuchend an Behörden gewandt haben, wird statistisch nicht erfasst.

Gerichtliche Kontakt- und Näherungsverbote sollen Frauen vor ihren gewalttätigen (Ex-)Männern zu schützen. Das Problem: Diese Verbote sind nur ein Stück Papier. Sie werden tausendfach ignoriert – und Frauen werden deshalb bedroht, verletzt oder sogar getötet. Das geschieht immer häufiger. Die Statistik notierte im Jahr 2017 für Deutschland 5.932 Fälle, in denen gegen eine Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz verstoßen wurde. Im Jahr 2023 waren es 6.483 Verstöße – ein Anstieg von fast zehn Prozent binnen sechs Jahren. Wie oft es trotz eines bestehenden Kontaktverbots zu einer schweren Gewalttat bis zum Mord kam, das erfasst in Deutschland keine Kriminalstatistik. Eine aufwändige Datenrecherche der Redaktion des WEISSEN RINGS hat gezeigt, dass in mehr als 100 im Jahr 2023 veröffentlichten Presseberichten über Femizid-Fälle bestehende Näherungsverbote erwähnt wurden. Ein kriminologisches Forschungsprojekt der Uni Tübingen geht momentan auch wissenschaftlich der Frage nach, ob eine elektronische Fußfessel in den von den Wissenschaftlern untersuchten Fällen die getöteten Frauen hätte schützen können. Ein Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch aus.

III. Positive Auslandserfahrungen

Johannes Schabel von der HZD ist überzeugt vom spanischen Modell. „Die Zahlen sprechen für sich“, sagt er, „es ist sehr erfolgreich in Spanien. Wir haben auch direkten Kontakt zu den Kollegen in Spanien. Das System bietet echten Opferschutz.“ Das bestätigt Teresa Peramato auf Anfrage der Redaktion des WEISSEN RINGS. Sie muss es wissen, denn sie ist Staatsanwältin bei der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Gewalt an Frauen in Madrid. „Seit der Einführung des telematischen Annäherungsdetektors hat sich in der Tat kein Frauenmord an Nutzerinnen dieses Geräts ereignet“, schildert Peramato. Und mehr noch: „Der Staatsanwaltschaft ist kein Fall bekannt, in dem eine Benutzerin des Systems körperlich angegriffen worden wäre.“ Frauen, die dieses Gerät benutzen, fühlten sich „viel sicherer und geschützter“, berichtet die Staatsanwältin.

Das potenzielle Opfer trägt die unsichtbare Sperrzone permanent mit sich. In Echtzeit sehen die Verantwortlichen, wenn der potenzielle Angreifer sich seinem Opfer nähert und dabei einen gerichtlich festgelegten Abstand unterschreitet. Doch nicht nur die bessere Überwachung von Kontakt- und Näherungsverboten sieht Hessens Justizminister Heinz durch das spanische Modell gewährleisten, sondern auch den Datenschutz. „Es findet keine permanente Überwachung statt. Das System schlägt nur Alarm, wenn eine gerichtlich untersagte Annäherung erfolgt. Jemand, der sich rechtskonform verhält, wird überhaupt nicht überwacht.“ Aus seiner Sicht sei in der Abwägung die Einschränkung für die Gefährdeten sehr gering und der Nutzen für die Opfer sehr hoch.

Diane Rosenfeld hat sich intensiv mit den Bürgerrechten von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt befasst. Sie lehrt an der Harvard School of Law und ist eine der führenden Expertinnen in den USA für die GPS-Überwachung von Tätern häuslicher Gewalt. In den Vereinigten Staaten wird die GPS-Überwachung in mehr als der Hälfte der Bundesstaaten eingesetzt, um Frauen vor ihren gewalttätigen Partnern oder Ex-Partnern zu schützen. Rosenfeld sagt: „Schutzanordnungen allein bieten nur begrenzten und unzuverlässigen Schutz vor weiterem Missbrauch des Opfers durch den Täter. Die GPS-Überwachung von Tätern setzt die Bedingungen einer Schutzanordnung durch und ermöglicht es den Strafverfolgungsbehörden, gefährliche Täter zur Rechenschaft zu ziehen.“

Und Rosenfeld führt weiter aus: „Obwohl der Staat dem Empfänger einer Schutzanordnung scheinbar Freiheit und Schutz gewährt, zeigt ein kritischer Blick, dass dies in Wirklichkeit nicht viel ist. Stattdessen unterhält der



Hessens Innenminister Christian Heinz (CDU) erklärt in Wiesbaden das spanische Modell der Fußfessel. · Foto: Christian J. Ahlers



Sembach (Rheinland-Pfalz), Februar 2023

Eine 48-jährige Frau stirbt, nachdem ihr Mann ihr im Auto auflauerte, ihren Wagen auf einer Hauptstraße rampte und sie mit 15 Schüssen tötete. Das Opfer hatte nach der Trennung ein Kontaktverbot gegen den gewalttätigen Ex-Partner erwirkt.

Staat ein System von Ansprüchen, das die Bewegungsfreiheit des Mannes auf Kosten der Frau garantiert. Tatsächlich könnte man sagen, dass die einstweilige Verfügung den perversen Effekt hat, die Freiheit der Frau einzuschränken.“ Die Festlegung von Sicherheitsbereichen für die geschützte Person impliziert, dass sie außerhalb dieser Bereiche nicht geschützt ist. Das Signal: Solange Sie zu Hause bleiben, Ihr Kind in den Kindergarten bringen oder zur Arbeit gehen, sind Sie sicher. Ansonsten kann der Staat Sie leider nicht schützen. Das spanische Modell tut jedoch genau das: Es schützt Frauen, indem es ihren Aufenthaltsort auch außerhalb dieser definierten Bereiche dynamisch überwacht.

Bei der Präsentation der GPS-Fußfessel beim Ortstermin in Wiesbaden benennt Justizminister Christian Heinz die Vorteile des spanischen Modells für den Opferschutz so: „Das Opfer ist also nicht mehr an feste Orte gebunden, wie die Wohnung, die Kita oder den Arbeitsplatz, sondern kann sich auch bewegen, in die Stadt gehen oder in einen anderen Ort fahren und wird alarmiert, wenn sich ein Täter nähert. Das war bisher technisch nicht möglich.“

IV. Bund-Länder-Pingpong

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sich im Herbst 2024 mehrfach öffentlich für die elektronische Fußfessel ausgesprochen. „Wenn die Täter mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden, kann die Polizei im Ernstfall schneller einschreiten und erneute Gewalt gegen Frauen besser verhindern“, erklärte sie im Oktober. Wer sich stets ablehnend äußerte gegenüber Forderungen nach einer bundesrechtlichen Fußfessel-Lösung im Gewaltschutzgesetz, war der ehemalige Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Zuletzt hatte er zwar in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) zumindest Gesprächsbereitschaft signalisiert, indem er sagte: „Auch Regelungen im Gewaltschutzgesetz kann ich mir grundsätzlich vorstellen.“ Ende 2023 hatte sein Ministerium noch auf Nachfrage der Redaktion des WEISSEN RINGS betont, dass die elektronische Fußfessel in Fällen häuslicher Gewalt Ländersache sei und in deren Polizeigesetze gehöre.

Als die Justizministerkonferenz ihn bereits im Mai 2023 aufforderte, die Verankerung der Fußfessel zur Überwachung von Kontakt- und Annäherungsverboten im Gewaltschutzgesetz zu prüfen, da spielte Buschmann den Ball nach einigen Monaten wieder zurück in die Länder. Die Prüfung habe ergeben, teilte sein Ministerium im November 2023 auf Anfrage der Redaktion des WEISSEN RINGS mit, dass „die Schaffung einer EAÜ-Anordnung im Gewaltschutzgesetz nicht geeignet wäre, um den angestrebten lückenlosen Opferschutz zu gewährleisten“. EAÜ bedeutet: elektronische Aufenthaltsüberwachung, besser bekannt als „Fußfessel“.

Die Länder baten ihn bei der Innenministerkonferenz im 2024 Juni abermals, die rechtlichen Voraussetzungen



Bundesfamilienministerin Lisa Paus (links) und Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der Vorstellung des Lagebilds häusliche Gewalt · Foto: Chris Emil Janssen/dpa

für eine bundesweit einheitliche Möglichkeit des Einsatzes der elektronischen Aufenthaltsüberwachung zu schaffen. Seitdem sei in der Sache „leider wenig passiert, und Herr Buschmann sendet widersprüchliche Signale“, beklagte Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) noch im September im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Wenn das so bleibt, werden wir auch in Niedersachsen darüber nachdenken müssen, den Einsatz der Fußfessel in solchen Fällen über das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsgesetz zu ermöglichen.“ Aus dem Haus von Niedersachsens Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) hieß es indes, es bleibe dabei, dass die Ministerin „die Verortung der elektronischen Fußfessel in erster Linie im Gewaltschutzgesetz sieht“ – und damit im Zuständigkeitsbereich des Bundesjustizministers.

Zuletzt zog sich Buschmann darauf zurück, dass das Thema bereits Gegenstand einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe sei. Der Bundesjustizminister blieb also bei diesem Bund-Länder-Pingpong – bis er am 7. November seine Entlassungsurkunde als Minister vom Bundespräsidenten entgegennahm.

Viele Bundesländer sehen mittlerweile den dringenden Handlungsbedarf: Nachdem in Berlin im August zwei Frauen binnen weniger Tage trotz Annäherungsverbots von ihren Ex-Lebensgefährten getötet worden waren, plädierte Berlins Justizsenatorin Felor Badenbergh (CDU) für Fußfesseln. „Wir müssen endlich etwas gegen diese brutalen Morde von Männern an Frauen tun“, sagte die CDU-Politikerin und sprach von „purem Frauenhass“.



Bonnendorf (Baden-Württemberg), Juni 2023

Eine 35-jährige Frau wird von ihrem Ex-Partner mit mehreren Messerstichen getötet. Erst im Mai 2023 hatte die Frau gegen den Mann ein familiengerichtliches Annäherungsverbot erwirkt.

„Wenn die Täter mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden, kann die Polizei im Ernstfall schneller einschreiten und erneute Gewalt gegen Frauen besser verhindern.“

Nancy Faeser (SPD)



Marco Buschmann (FDP) und Annalena Baerbock (Grüne) bei einer Sitzung des Bundestags
Foto: Frederic Kern/Geisler-Fotopress



Frankfurt am Main (Hessen), Juli 2023

Eine dreifache Mutter (40) wird im Stadtteil Frankfurter Berg von ihrem Ehemann getötet. Zwei Monate zuvor hatte das Amtsgericht Frankfurt ein Annäherungs- und Kontaktverbot gegen den gewalttätigen Mann beschlossen.

Auch sie appellierte an Buschmann, die Fußfessel in das Gewaltschutzgesetz aufzunehmen, und prüfte gleichzeitig auf Landesebene, ob und wie gesetzliche Änderungen und Präventivmaßnahmen angepasst werden können. Eines stehe fest: „So kann und darf es nicht weitergehen!“

Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) sagte dem Magazin „buten un binnen“: „Es gibt die Möglichkeit, Partner aus der Wohnung zu verweisen, es gibt Gefährderansprachen – wir haben ein enges Netzwerk, das heißt: Es gibt eine Risikobewertung durch die Polizei und, und, und... Und dennoch müssen wir feststellen, alle diese Maßnahmen reichen nicht.“ Mäurer ist überzeugt vom spanischen Modell, ebenso wie Bremens Frauensensorin Claudia Bernhard (Linke). Das Polizeigesetz soll in Bremen noch in diesem Jahr entsprechend geändert werden, hieß es. Auch Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) sagte den „Kieler Nachrichten“, dass man über die elektronische Fußfessel diskutieren müsste.

Beim Ortstermin in Wiesbaden vergleicht Hessens Minister Heinz die aktuelle Situation mit den Polizeigesetzen allerdings mit einem „Flickenteppich“. Es könne doch nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass vom Wohnort der Frauen abhängt, ob sie geschützt werden. Recherchen des WEISSEN RINGS haben zudem ergeben, dass einer Anordnung nach dem Landespolizeigesetz häufig sehr hohe rechtliche Hürden entgegenstehen und zumeist nur eine kurzzeitig befristete Überwachung möglich ist. So wurde zum Beispiel in Hamburg seit 2019 nur ein einziges Mal das Tragen einer Fußfessel wegen Beziehungsgewalt angeordnet – und der Beschluss anschließend wieder vom Oberlandesgericht Hamburg gekippt. „Das spanische Modell könnte uns helfen, Fälle von häuslicher Gewalt zu vermeiden“, sagt der CDU-Politiker Heinz. „Von der Vorsorge einer möglichen Gefahr bis hin zur Kontrolle nach einer Haftstrafe – alle Schutzlücken wären somit geschlossen.“ Die Erfahrung damit belege es. „Die Bundesregierung sollte jetzt endlich handeln.“

V. Ausblick

Teresa Peramato bekommt häufig Besuch von Delegationen aus anderen Ländern, die sich für das spanische Modell der Fußfessel interessieren. Eine Schweizer Delegation hat es sich bei einem Besuch im Januar 2023 erklären lassen. Die Besucher aus dem Kanton Zürich zeigten sich danach nicht nur nachhaltig beeindruckt, sondern handelten. Der Kanton startete noch im selben Jahr ein Pilotprojekt und ermöglichte den Einsatz des dynamischen Fußfessel-Modells. Das Pilotprojekt war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Aus Deutschland hat sich bislang nur eine Spitzenpolitikerin aus der Bundespolitik für die Arbeit der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft in Madrid interessiert: Am 11. Februar 2022 war Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mit einer Delegation zu Besuch. „Die Ministerin interessierte sich sehr für die Entwicklung der spanischen Gesetzgebung im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt und für das Vorgehen der spanischen Staatsanwaltschaft“, berichtete Teresa Peramato.

Und dann geschah nichts mehr. Technisch ist das Modell hier in Deutschland sofort umsetzbar, das zeigt der Termin bei der HZD in Wiesbaden sehr anschaulich. In Spanien hat sich die Zahl getöteter Frauen seit der Fußfessel-Einführung um 25 Prozent reduziert, statistisch könnten in Deutschland demnach jedes Jahr gut 40 Frauen durch die Fußfessel gerettet werden. Politisch wird in Deutschland seit Monaten diskutiert, aber nicht gehandelt. Ein Schlag ins Gesicht der Opfer, die sich in ihrer Not schutzsuchend an den Staat wenden, der den Aggressoren dann doch nur ein Stück Papier zukommen lässt.

Die Harvard-Juristin Diane Rosenfeld setzt sich dafür ein, dass in allen Fällen häuslicher Gewalt eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt wird, damit Fälle, die auf eine potenzielle Tötungsabsicht hindeuten, mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt werden können. Die Drohung, den Partner zu töten und eine kürzlich erfolgte Trennung sind beispielsweise zwei dieser Faktoren. Rosenfeld sagt: „Morde im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sind so vorhersehbar, dass sie vermeidbar sind.“

Christian J. Ahlers, Christoph Klemp



Berlin-Zehlendorf (Berlin), August 2024

Eine 36-jährige Frau wird durch Messerstiche von ihrem Ex-Mann getötet. Laut Staatsanwaltschaft gab es wegen früherer Gewaltvorfälle ein Kontaktverbot.



Berlin-Lichtenberg (Berlin), August 2024

Eine 28-jährige Frau wird von ihrem Ex-Partner erstochen. Die Frau, die zwei Kinder hinterlässt, hatte ihren Ex-Lebensgefährten kurz zuvor wegen Stalkings bei der Polizei angezeigt.



Offenburg (Baden-Württemberg), August 2024

Eine 39-jährige Frau wird von ihrem Ex-Mann vor ihrem Haus geschlagen, getreten und mit einem Messer attackiert. Die Frau überlebt den Angriff. Der Mann war trotz Annäherungsverbots bei der Frau aufgetaucht.



Dortmund (Nordrhein-Westfalen), November 2024

Eine 30-jährige Frau wird vor den Augen ihrer drei Kinder von ihrem Ex-Mann getötet. Laut „Westdeutscher Allgemeiner Zeitung“ bestand gegen den Mann ein Annäherungsverbot wegen häuslicher Gewalt.

SPANISCHES MODELL

„Uns ist kein Fall bekannt, in dem eine Benutzerin des Systems körperlich angegriffen wurde“



Teresa Peramato, Staatsanwältin bei der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Gewalt an Frauen in Madrid · Foto: Fiscalía General del Estado | Unidad de Violencia sobre la Mujer

Teresa Peramato ist Staatsanwältin bei der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Gewalt an Frauen in der spanischen Hauptstadt Madrid. Im Interview erklärt sie den Erfolg des spanischen Modells für den Opferschutz, die abschreckende Wirkung und das Sicherheitsgefühl der teilnehmenden Frauen.

Frau Peramato, seit Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in Fällen häuslicher Gewalt im Jahr 2009 wurde in Spanien keine Frau getötet, die an dem Modell teilgenommen hat. Was macht es so erfolgreich?

Seit der Einführung des telematischen Näherungsdetektors hat sich in der Tat kein Frauenmord an Nutzerinnen dieses Geräts ereignet. Der Grund dafür liegt in der Wirksamkeit des Geräts, das die Kontrolle der Näherungsverbote in dem im Gerichtsbeschluss festgelegten Abstand gewährleistet und bei Annäherung der Person an diese Ausschlusszonen einen Alarm auslöst. Die „Cometa-Zentrale“, die die Geräte

verwaltet, koordiniert dann die weiteren Schritte: mit dem Opfer selbst, damit es seine eigenen Schutzmaßnahmen ergreifen kann, mit den Sicherheitskräften und -organen, die sich sofort zum Opfer begeben, um es zu schützen – und zum potenziellen Angreifer, um ihn gegebenenfalls sofort festzunehmen. Dieses Instrument ist aber nicht nur ein wirksames Mittel zur Kontrolle der Einhaltung von einstweiligen Verfügungen, unabhängig davon, ob es sich um Strafen oder Sicherungsmaßnahmen handelt, sondern es hat auch eine wichtige abschreckende Wirkung.

Inwiefern?

Bei Verstößen gegen das in der gerichtlichen Entscheidung festgelegte Näherungsverbot erzeugt das System nicht nur die oben erwähnten Alarme und die Reaktion der Zentrale zum wirksamen Schutz des Opfers, sondern auch eine Dokumentation, die ein unanfechtbarer Beweis für den Verstoß gegen das Näherungsverbot ist. Dieser Verstoß stellt eine Straftat dar, die in unserem Strafgesetzbuch mit einer Strafe von bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet wird. Darüber hinaus begeht der Benutzer, wenn er die Regeln für die Wartung und das ordnungsgemäße Funktionieren des Geräts nicht einhält, eine weitere Straftat, die ebenfalls in unserem Strafgesetzbuch mit einer Geldstrafe geahndet wird.

Fühlen sich die Frauen Ihrer Erfahrung nach sicherer?

Im Allgemeinen fühlen sich Frauen, die dieses Gerät benutzen, viel sicherer und geschützter; das System ist sehr zuverlässig. Damit die Fußfessel ordnungsgemäß funktioniert, ist die Mitarbeit des Opfers gefragt, das sein GPS-Gerät zu jeder Zeit und an jedem Ort tragen muss, um seinen Schutz zu gewährleisten.

Gab es trotz der Fußfessel Verstöße gegen Annäherungs- und Kontaktverbote, und wurden Frauen dadurch verletzt?

Der Staatsanwaltschaft ist kein Fall bekannt, in dem eine Benutzerin des Systems in irgendeiner Weise körperlich angegriffen worden wäre.

Christoph Klemp

Istanbul-Konvention in Deutschland: „Gravierende Lücken“ beim Opferschutz

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland, Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Doch der erste Monitoring-Bericht der Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt des Deutschen Instituts für Menschenrechte offenbart alarmierende Defizite: Deutschland bleibt weit hinter den menschenrechtlichen Vorgaben zurück. Viele Frauen finden in akuter Not keinen Platz in Schutzeinrichtungen, und die Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind oft unzureichend.

Der Bericht zeigt, wie weit Deutschland von einer flächendeckenden Umsetzung entfernt ist. Trotz punktueller Fortschritte bestehen gravierende Defizite bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. „Seit 2018 ist Deutschland durch die Istanbul-Konvention zum Handeln verpflichtet“, sagt Müşerref Tanrıverdi, Leiterin der Berichterstattungsstelle. „Doch auch sechs Jahre später fehlt immer noch eine nationale Gewaltschutzstrategie. Staatliches Handeln ist dringend geboten, denn von physischer oder sexualisierter Gewalt ist in Deutschland jede dritte Frau mindestens einmal im Leben betroffen.“

Täglich werden hierzulande 728 Frauen und Mädchen Opfer körperlicher Gewalt. Auch das Beratungsaufkommen ist hoch. „Hilfseinrichtungen, die sich auf Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch spezialisiert haben, verzeichnen seit Jahren eine hohe und in der Tendenz zunehmende Frequentierung“, heißt es im Bericht. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ dokumentierte für 2020 bis 2023 jährlich zwischen 51.400 (2020) und 59.050 (2023) Beratungskontakte mit direktem Bezug zum Thema Gewalt gegen Frauen. Dennoch fehlt es vielerorts an ausreichendem Schutz und nationaler Koordination.



„Istanbul-Konvention in Deutschland: Dünne Datenlage und fehlende Forschung“ – so lautete die Überschrift unserer Bestandsaufnahme zur Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Vertrages in Heft 4/2021. Unser Fazit damals: Noch ist längst nicht alles umgesetzt zum Schutz von Frauen, es gibt reichlich zu tun.



Zum Artikel

forum-opferhilfe.de/duenne-datenlage-und-fehlende-forschung/

Die fünf größten Schutzlücken im Überblick:

I. Fehlende nationale Gewaltschutzstrategie

Deutschland hat keine umfassende Strategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Stattdessen existiert ein Flickenteppich aus regional unterschiedlichen Regelungen. Eine nationale Koordinierungsstelle fehlt ebenso wie eine einheitliche Strategie, um das Zusammenspiel von Strafverfolgungsbehörden, Justiz, Zivilgesellschaft und Kinderschutz-Behörden zu gewährleisten. Die Folgen sind gravierend: Informationslücken gefährden den Schutz der Betroffenen.

Die Istanbul-Konvention fordert eine gesamtgesellschaftliche Lösung für geschlechtsspezifische Gewalt – ein Problem, das nicht an Landesgrenzen haltmacht. Schon 2022 kritisierte GREVIO, das internationale Kontrollgremium der Istanbul-Konvention, das Fehlen einer nationalen Strategie und Koordinierungsstelle in Deutschland.

II. Mangelnde Finanzierung von Opferschutz und Beratung

Viele Frauenhäuser und Beratungsstellen sind chronisch unterfinanziert und müssen sich oft mit kurzfristigen, projektgebundenen Mitteln behelfen. Das führt zu Unsicherheit und erschwert langfristige Planung. Im Jahr 2022 konnten 15.018 Frauen nicht in Schutzeinrichtungen aufgenommen werden – durchschnittlich 104 Frauen pro Einrichtung. Besonders in ländlichen Regionen gibt es nicht genügend Schutzeinrichtungen, die für viele Frauen die einzige Möglichkeit sein könnten, Gewalt zu entkommen. Auch das GREVIO-Komitee forderte eine gleichmäßigere Verteilung von Schutzräumen, um Frauen in Not eine sichere Zuflucht zu bieten.

„Die großen Lücken bei der Unterstützung für Betroffene müssen dringend geschlossen werden“, fordert Tanriverdi. „Betroffene brauchen ein Recht auf Zugang zu Schutz und Beratung. Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, Frauenhäuser und Fachberatungsstellen flächendeckend bereitzustellen und finanziell abzusichern. Deshalb braucht es jetzt ein gutes Gewalthilfegesetz.“

Die prekäre finanzielle Lage der Hilfseinrichtungen steht in starkem Kontrast zur gesellschaftlichen Bedeutung des Opferschutzes. Die fehlende langfristige Finanzierung zwingt die Dienstleistungsanbieter dazu,

so bemängelte GREVIO bereits im Jahr 2022, einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit in die Beantragung und erneute Beantragung ihrer Finanzierung zu investieren, was ihnen wertvolle Zeit für ihre Kerntätigkeiten raubt.

III. Mangelnde Transparenz bei Schutzanordnungen

Eilschutzanordnungen sollen im Ernstfall eine sofortige räumliche Distanz zwischen Opfer und Täter schaffen. Dazu zählen Wohnungsverweisungen, Rückkehr- und Kontaktverbote. Diese Schutzmaßnahmen werden durch Polizeigesetze der Länder geregelt. Doch es mangelt oft an einer klaren Kommunikation zwischen Polizei und Gerichten, was Schutzlücken erzeugt. So ist zum Beispiel nicht immer eindeutig festgelegt, wann Wohnungsverweisungen verlängert werden müssen. „Ein effektiver Gewaltschutz ist somit nicht gewährleistet“, heißt es im Monitoring-Bericht.

Die Berichterstattungsstelle fordert daher eine verbesserte Datenerhebung und Auswertung der gerichtlich angeordneten Schutzmaßnahmen. Damit könnte nachvollzogen werden, ob die Anordnungen den Opferschutz tatsächlich gewährleisten und wie die Umsetzung in den einzelnen Bundesländern verläuft.

IV. Fehlende Regelung zum Umgangs- und Sorgerecht

Ein großes Problem stellen Umgangsregelungen bei Trennungen dar, wenn häusliche Gewalt eine Rolle spielt. Der aktuelle rechtliche Rahmen ermöglicht zwar die Berücksichtigung von Gewalt bei Entscheidungen zum Umgangs- und Sorgerecht, doch dies geschieht in



Eine Frau demonstriert im Jahr 2021 in Hannover für Frauenhäuser. · Foto: Moritz Frankenberg / dpa

„Die großen Lücken bei der Unterstützung für Betroffene müssen dringend geschlossen werden.“

Müßerref Tanriverdi

der Praxis oft nicht. In manchen Fällen kann es jedoch durch Umgangskontakte sogar zu schwerer Gewalt bis hin zu Tötungsdelikten kommen.

Hier besteht laut Berichterstattungsstelle „dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf“, um gewaltbetroffene Elternteile besser zu schützen. Ein bundeseinheitlicher Rechtsanspruch auf schnelle, unbürokratische Hilfe, etwa durch verpflichtende Fortbildungen für Richterinnen und Richter und eine Reform des Familienverfahrensrechts, wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Das Bundesministerium der Justiz hat im Januar 2024 zwar Eckpunkte für eine Reform des Kindschaftsrechts vorgelegt, die auch den Forderungen der Istanbul-Konvention gerecht werden sollten. Doch der Referentenentwurf des Gesetzes sorgte zuletzt für Zoff, nicht zuletzt wohl deshalb, weil der damalige Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann (FDP) den Entwurf laut Medienberichten an die Länder weitergeleitet hatte, ohne sich regierungsintern mit Familienministerin Lisa Paus (Grüne) abzustimmen. Ein eigener Gesetzentwurf der Bundesregierung schaffte es nach dem Aus der Ampelkoalition bis Redaktionsschluss nicht mehr ins parlamentarische Verfahren.

V. Defizitäre Datenbasis

Eine der größten Hürden für eine wirksame Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt bleibt die unzureichende Datenbasis. Denn für eine wirksame Politik und gesetzliche Regelungen benötigt man verlässliche Daten. Viele Informationen zum tatsächlichen Ausmaß von Gewalt gegen Frauen fehlen jedoch nach Beobachtung der Berichterstattungsstelle, beispielsweise zur Anzahl der Verurteilungen oder zur Häufigkeit von Schutzanordnungen. Es existiert in Deutschland keine einheitliche Statistik, die den Verlauf von der polizeilichen Anzeige bis zur gerichtlichen Entscheidung erfasst.

Eine solche systematische Datenerhebung wäre jedoch unerlässlich, um die Umsetzung der Istanbul-Konvention kontinuierlich zu überwachen und die Schutzmaßnahmen anzupassen. Besonders im Bereich der Justiz und Gesundheit besteht hier nach Ansicht der Berichterstattungsstelle Nachholbedarf, um präzise Einblicke in das Ausmaß und die Verbreitung geschlechtsspezifischer Gewalt in Deutschland zu gewinnen.

Fazit

Die Bilanz des „Monitors Gewalt gegen Frauen“ ist ernüchternd und alarmierend zugleich. Die Istanbul-Konvention soll Frauen und Mädchen effektiv vor Gewalt schützen – in Deutschland ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Der Bericht zeigt, dass die bestehenden Defizite in vielen Bereichen das Leben der Betroffenen gefährden. „Bei der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt geht es um eine zentrale Voraussetzung für eine freie Gesellschaft: dass Frauen frei von Gewalt und Bedrohung leben können“, betont Müßerref Tanriverdi. Der Bericht zeigt: Eine umfassende und langfristig angelegte Strategie ist dringend erforderlich, um die Istanbul-Konvention endlich mit Leben zu füllen, damit Frauen und Mädchen den Schutz finden, der ihnen zusteht.

Christoph Klemp



Istanbul-Konvention

Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und zu verhindern sowie Frauen und Mädchen zu schützen. Das ergibt sich aus den 81 Artikeln des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention. Diese ist seit dem 1. Februar 2018 geltendes Recht in Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat das Deutsche Institut für Menschenrechte damit betraut, die Umsetzung unabhängig zu beobachten und zu begleiten. Hierfür hat es die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt eingerichtet, die im November 2022 an den Start gegangen ist.

„Worte auf einem Papier verhindern keine Morde“

Seit mehreren Jahren kämpft der WEISSE RING für die Einführung der Fußfessel nach spanischem Vorbild zur Überwachung von Kontakt- und Annäherungsverboten. Der ehemalige Bundesjustizminister Marco Buschmann und seine Partei, die FDP, stellten sich einer entsprechenden bundesrechtlichen Regelung entgegen. Zuletzt im Dezember 2023 forderte der WEISSE RING Buschmann in einem Brandbrief „in höchster Dringlichkeit“ auf, gefährdete Frauen besser vor gewalttätigen Männern zu schützen und den Weg für die Einführung für das sogenannte spanische Modell freizumachen. Eine Antwort blieb aus.

Ende September 2024 hat der WEISSE RING im Internet eine Petition für die Einführung der elektronischen Fußfessel gestartet. Darin fordert die Opferschutzorganisation: „Herr Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP), machen Sie den Weg frei für eine bundesrechtliche Regelung im Gewaltschutzgesetz! Werden Sie zum Opferschutzminister, bevor noch mehr Frauen sterben!“ Mit dem Aus der Ampel-Koalition im November 2024 hat nun der Adressat von Petition und Brandbrief sein Amt verloren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten mehr als 1.500 Kommentatoren unter der Petition teils sehr persönlich begründet, warum sie die Forderung unterstützen. Es ist eine bedrückende, aber auch beeindruckende Sammlung von Argumenten pro Fußfessel. Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten eine Auswahl der Kommentare – denn natürlich wird sich der WEISSE RING weiter für die Einführung der Fußfessel nach spanischem Vorbild einsetzen.



Erfahrungsberichte

„In meiner Nachbarschaft wurde eine Mutter von drei Kindern von ihrem Mann mit 60 Messerstichen getötet.“

„Ein Stalker hat die Wohnung meiner Mutter niedergebrannt. Das halbe Jahr zuvor versuchte sie vergeblich, von der Polizei Hilfe zu bekommen. Aber diese wurde erst nach dem Brandanschlag tätig, den meine Mutter nur knapp überlebte.“

„Als Betroffene und Beratende kenne ich die Hilflosigkeit der Frauen aus erster Hand. Dieses Problem ist lösbar, wenn die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nachkommt.“

„Ich bin selbst Opfer häuslicher Gewalt geworden und kenne die Situation und Ängste nur zu gut. Eine Fußfessel würde nicht nur Taten verhindern, sondern auch der Psyche des Opfers sehr guttun.“

„Ich habe selbst häusliche Gewalt mit anschließendem Stalking erlebt. Trotz Kontaktverbot hat er mir und den Kindern ständig aufgelauert, und ich hatte Angst, alleine rauszugehen. Wir haben uns isoliert, und erst als wir weiter weggezogen sind, habe ich mich und meine Kinder sicher gefühlt. Ich konnte nichts tun, als die Polizei ständig anzurufen und alles zu dokumentieren. Trotzdem ist nie was passiert. Da muss sich was ändern.“

„Als Polizeibeamtin hab ich täglich mit betroffenen Frauen zu tun. Ich bin es leid, hilflos zusehen zu müssen, dass ich ihnen keinen Schutz bieten kann.“

„Ich kenne eine betroffene Person und die involvierten Kinder. Man muss etwas tun, bevor etwas passiert. Wenn erst mal was passiert ist, haben alle Parteien verloren. Mit einer Fußfessel können zumindest die Opfer wieder ein normales Leben ‚gewinnen‘.“

„Viel zu viele Kinder und Frauen sind schon wegen Nachtrennungsgewalt getötet, verletzt oder bedroht worden! Das muss ein Ende haben! Deutschland gefährdet systematisch Frauen und schutzlose Kinder und blamiert sich deswegen auch vor dem Ausland. Auch Frauenhäuser müssen endlich gefördert und ausgebaut werden und Frauen und Kinder besseren juristischen Schutz vor Gewalttätern erhalten.“

„Weil ich selbst betroffen bin. Ich lebe seit 9 1/2 Wochen mit meinen Kindern auf der Flucht. Ein Gewaltschutzbeschluss inkl. Wohnungszuweisung bringt mir gar nichts, wenn der Täter mir ganz klar (schriftlich) mitteilt, dass er sich gewaltsam Zutritt zum Haus verschaffen wird! Ich fühle mich von unserem Rechtssystem alleingelassen! Ich habe täglich Angst, meine Kinder nicht ausreichend schützen zu können – oder bald nicht mehr für sie da sein zu können!“

„Spanien hat gezeigt, dass die elektronische Fußfessel funktioniert und diese das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Frauen schützen kann. Auch Deutschland muss endlich bundesweit handeln!“

„Die Männer, die diese Fußfessel tragen, sind bereits Täter. Es greift nicht in ihre persönlichen Freiheitsrechte ein, sie damit auszustatten, denn sie nehmen bereits einem anderen Menschen alle persönlichen Freiheiten, das Gefühl von Sicherheit. In der Regel ohne je dafür bestraft worden zu sein!“

„Worte auf einem Papier verhindern keine Morde.“

„Ich bin Bewährungshelfer, in meinem beruflichen Alltag erlebe ich öfter, dass eine Fußfessel sinnvoll gewesen wäre.“

„Ich möchte aktiv eine Freundin vor einem drohenden Mordversuch von ihrem Bruder schützen, wenn er aus dem Gefängnis rauskommt!“

„Frauen, die bereits Opfer wurden, sollen sich wieder sicher fühlen können.“

„Die Opfer haben oft kein freies Leben mehr, weil sie Angst haben. Die Täter müssen in ihrem Tun eingeschränkt werden und spüren, dass sie etwas Falsches tun.“

„Was anderswo Leben rettet, könnte es doch auch bei uns tun!“

„Ich habe persönliche Erfahrung mit Stalking und glaube, dass es mit einer Fußfessel nicht so schlimm gekommen wäre.“

„Ich bin selbst betroffen (und meine Kinder!)“

**„Was anderswo
Leben rettet,
könnte es doch
auch bei uns tun.“**



„Femizide stehen im realen Leben auf der Tagesordnung, nur nicht im politischen Leben.“

„Während meiner Tätigkeit als Polizeibeamter habe ich immer wieder sehen müssen, wie wenig praktischen Schutz betroffene Frauen vor Übergriffen von gewalttätigen Männern haben. Ähnliches erlebe ich als ehrenamtlicher Mitarbeiter des WEISSEN RINGS. Eine elektronische Fußfessel wäre ein geeignetes Instrument für mehr Schutz.“

„Ich bin selber Betroffene und wurde von meinem Ex-Partner fast umgebracht. Gewalt, auch psychische Gewalt, sollte hoch bestraft werden.“

„Ich war bis zu meinem Ruhestand fast 30 Jahre als Fachanwältin für Familienrecht tätig und kenne die Not, Hilflosigkeit und Angst der bedrohten und gefährdeten Frauen, wie auch die Tatsache, dass die Annäherungsverbote nach dem Gewaltschutzgesetz oft ein stumpfes Schwert sind, die Täter hiervon gänzlich unbeeindruckt. In dieser Lage befindliche Frauen haben ein Recht darauf, dass der Staat bestmöglich deren Leben und körperliche Unversehrtheit schützt. Oft sind auch Kinder betroffen! Bei der vom WR geschilderten Reaktion unseres Justizministers drängt sich mir der Eindruck auf, dass das Recht auf Schutz von Leben und Gesundheit zurückgestellt wird hinter die Freiheitsrechte der Gefährdeten. Das muss sich ändern!“

„Meine Bekannte sollte von ihrem Bruder erschlagen werden. Sie fürchtet, dass er nach seiner Entlassung aus der Haft 2025 wieder versucht, sie umzubringen.“

„Ich habe als Polizeibeamter 40 Jahre mit diesem Thema für Frauen gekämpft, und es hat sich nichts gebessert oder verändert. Es ist jetzt endlich mal Zeit, dass die Politik sich bewegt.“

„Das ist ein sehr probates Mittel, um die gefährdeten Frauen zu schützen und gleichzeitig die Täter, die gegen das Annäherungsverbot verstoßen, beweissicher zu überführen.“

„Im Juli 2020 wurde eine Freundin Opfer eines Mordversuches ihres Bruders in Oldenburg. Der Bruder soll im Oktober 2025 entlassen werden, und es spricht einiges dafür, dass meine Freundin weiterhin gefährdet ist.“

„Hier wird trotz Gesetz und Möglichkeit Gewalt gegen Frauen bis zu deren Tod billigend in Kauf genommen – es muss endlich gehandelt werden!!“

„Opfer von häuslicher Gewalt müssen endlich besser geschützt werden, und es können dadurch Menschenleben gerettet werden!!! #FußfesselJetzt 🙏
Danke WEISSER RING“

„Ich bin Polizeibeamtin und betreue Opfer und Täter im SG ‚Häusliche Gewalt‘. Daher sehe ich Bedarf an dieser weitreichenden Maßnahme der Fußfessel.“

„Damit Frauen, die sich Hilfe gesucht haben, sich dann auch wirklich sicher fühlen können.“

„Ich finde es wichtig, dass Menschen (insbesondere, wenn ihnen bereits Gewalt angetan oder angedroht wurde) vom Staat geschützt werden. Ich sehe es als Aufgabe des Staates an, die Einhaltung von Gesetzen und gerichtlichen Urteilen auch zu überwachen.“

Warum haben Sie die Petition unterzeichnet?

„**Weil** meine Tochter selber betroffen ist und ich selber mitbekommen habe, dass der Täter bis auf Geldstrafen nichts zu befürchten hat. Muss es erst zum Mord kommen?“

„**Weil** ich selbst schon von meinem Exmann bedroht wurde:

„Ich blas dir dein Hirn weg.“

„Ich mach dich kaputt.“

„Ich schlage dich so durch die Wand, dann stehst du nicht mehr auf.“

„Irgendwann, wenn du nicht mehr damit rechnest, werde ich dich erledigen.“

Und aktuell leben die Kinder bei ihm.“

„**Weil** so verhindert werden kann, dass Leben zerstört werden! Allein dauernd in Angst zu leben, dass der/die Ex plötzlich auftaucht, lähmt!“

„**Weil** ich selbst Opfer von häuslicher Gewalt bin und von allen Behörden im Stich gelassen wurde.“

„**Weil** dies die beste, einfachste und am schnellsten umsetzbare Möglichkeit ist, Frauen effektiv zu schützen, und dadurch mit Sicherheit viel weniger Frauen sterben müssen.“

„**Weil** mit der Umsetzung der Forderung schwere Verbrechen verhindert werden könnten.“

„**Weil** ich selbst zum Opfer wurde und es immer noch bin. Der Gefährder hat sich über das Kontakt- & Näherungsverbot lustig gemacht. War täglich am und auf dem Grundstück – zweimal im Kellergeschoss vom Haus. Ich rief die Polizei und NICHTS passierte. Die haben den Vorfall nicht mal schriftlich vermerkt, sondern ‚vergessen‘. Warum muss ich nach anderthalb Jahren immer noch in Angst und Panik leben (meine Kinder genauso), und er kann tun und machen, was er will!? Das Vertrauen in die Polizei ist nach diesen Vorfällen komplett weg.“

„**Weil** ich selbst schon Opfer wurde und keiner hat mir geholfen. Nicht mal die Polizei. Man steht hilflos da und hat nur noch Angst.“

„**Weil** Täter endlich umfänglich in die Verantwortung genommen und Opfer geschützt werden sollen.“

„**Weil** es jedem Opfer mehr Sicherheit geben wird!“

„**Weil** ich eine Frau bin. Frauen werden aufgrund ihres Geschlechts ermordet. Sie müssen vor den Tätern geschützt werden.“

„**Weil** es zukünftige Opfer vermeiden könnte.“

„**Weil** es eine Katastrophe ist, dass täglich Frauen sterben, und es wird immer noch ignoriert.“

„**Weil** es unerträglich ist, dass immer wieder Frauen in unserem Land von ihren (Ex-)Partnern Gewalt erfahren und getötet werden.“

„**Weil** es innerhalb der Familie zu einem Femizid kam.“

„**Weil** ich das selber erlebt habe.“

„**Weil sich die Opfer frei und sicher bewegen sollen und nicht die Täter.“**

„Weil der Opferschutz über dem Täterschutz stehen muss.“

„Weil Opfer sonst nie sicher aus dem Haus gehen können und das psychisch sehr belastet.“

„Weil ich selbst Überlebender bin und seit Jahren für Veränderung kämpfe.“

„Because my sister has been murdered by her partner.“

„Weil ich eine Frau mit Gewalterfahrungen bin.“

„Weil viele Frauen noch leben könnten!“

„Weil es mir wichtig ist, dass Opfer weniger Angst haben brauchen, weil der Staat seiner Fürsorge nachkommt.“

„Weil ich zwei Betroffene kenne und natürlich um ihre Sicherheit besorgt bin. Mich schockiert auch immer wieder, dass Frauen um Schutz bitten und nichts unternommen wird.“

„Weil es schwer ist, Nachstellung zu beweisen, und viele Täter nicht auf die Verwarnungen und Strafen hören und die Frau ihr Leben lang quälen und bedrohen.“

„Weil Fußfesseln Gefängnisse entlasten und trotzdem für Sicherheit sorgen.“

„Weil offenbar der Bundesjustizminister bisher nichts gegen gewalttätige Ehemänner bzw. Ex-Ehemänner unternehmen will, um dadurch die Partnerinnen zu schützen. Vermutlich ist ihm der Datenschutz mal wieder wichtiger ...“

„Weil wir endlich den Opferschutz über die Persönlichkeitsrechte der potenziellen Täter stellen müssen.“

„Weil es furchtbar ist, dass erst was passiert sein muss, bevor geholfen wird. Da ist es oft viel zu spät.“

„Weil das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Angstfreiheit und Schutz das höchste Gut ist.“

„Weil sie Frauen das Leben retten kann!!!“

„Weil mit der Umsetzung der Forderung schwere Verbrechen verhindert werden könnten.“

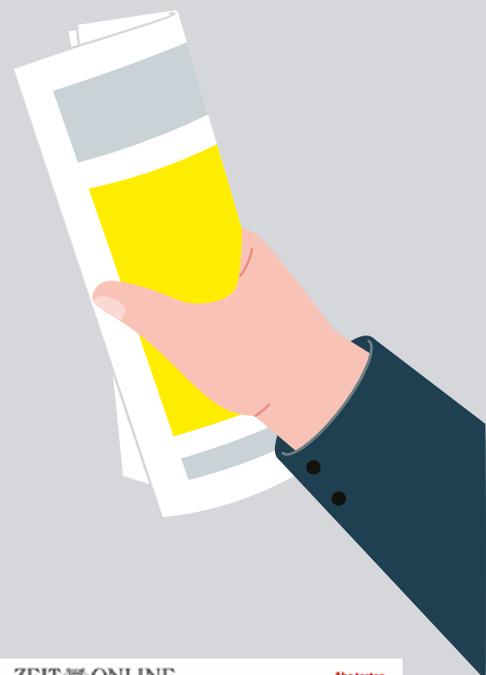


Transparenzhinweis

Alle Kommentare finden sich unter der Petition des WEISSEN RINGS auf der Website www.openpetition.de. Unsere Redaktion hat die Beiträge anonymisiert und in wenigen Fällen gekürzt, ansonsten lediglich Tippfehler und Ähnliches korrigiert.

Eine fesselnde Botschaft

Es gibt zwar noch keine bundeseinheitliche Regelung für den Einsatz der Fußfessel in Fällen häuslicher Gewalt – die Diskussion darum läuft aber längst deutschlandweit auf Hochtouren. Dutzende Medienberichte, Gesetzesentwürfe in Parlamenten oder Newsletter von Behörden verweisen auf die Recherchen des WEISSEN RINGS und zitieren Vertreterinnen und Vertreter des Vereins. Auf dieser Doppelseite werfen wir einen Blick auf aktuelle Schlagzeilen und Stimmen.



„In Deutschland spricht sich unter anderem die Opferschutzorganisation Weißer Ring seit längerem für eine Einführung aus.“

Behörden-Spiegel, 18.09.2024



Zeit Online, 21.12.2023



butenunbinnen.de, 13.09.2024

„Die Opferhilfsorganisation WEISSER RING wirbt bundesweit für das spanische Modell – zumindest einige Vertreter des Bremer Senates können sich das auch für die Hansestadt vorstellen.“

butenunbinnen.de, 13.09.2024

„Die Opferorganisation WEISSER RING hatte sich zuletzt im Dezember hilfeschend an den Bund gewandt und um eine bundesweite Einführung elektronischer Fußfesseln nach spanischem Vorbild – dort wird neben dem Standort des potenziellen Täters auch der der bedrohten Frau überwacht – gebeten.“

RND, 26.04.2024



Stern, 29.12.2023

Hamburger Abendblatt

Weißer-Ring-Chef in Hamburg: So wichtig ist die „Fußfessel“

Liesching ist anlässlich der Landestagung des Weißen Rings Hamburg in die Hansestadt und hier ins Hotel Grand Elysée gekommen, wo aktuelle Themen der Opferschutzorganisation besprochen und der besondere Fokus der Opferhilfe erneut betont wurde.

„Vor allem Gewalterfahrungen können ein Leben radikal verändern“, sagt [Monika Schorn](#), Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg des Weißen Rings, in ihrer Begrüßungsansprache „Unser Ziel ist es, die Opfer in ihrer schwierigen Situation zu stärken, ihnen Hoffnung zu geben und sie dabei zu unterstützen, ihr Leben wieder in die Hand zu nehmen.“

Hamburger Abendblatt, 27.05.2023

„Patrick Liesching, Bundes- und hessischer Landesvorsitzender des Opferschutzvereins „Weißer Ring“, begrüßte den hessischen Vorstoß. Man wisse, dass etwa zwei Drittel aller Opfer von Femiziden „alles richtig gemacht“ hätten, sich nämlich schon vor der Tat hilfesuchend an den Staat gewandt und ein Nährungsverbot erwirkt hätten. „Das verdeutlicht, dass die Schutzmaßnahmen nicht ausreichen.“

Frankfurter Rundschau, 24.09.2024

tagesschau

Sendung verpasst? ▶

Weißer Ring unterstützt Forderung

Für den Fußfessel-Einsatz hatte der Chef der Opferschutzorganisation Weißer Ring, Patrick Liesching, bereits im Oktober Unterstützung signalisiert. „Wir kennen eine Reihe von Fällen, in denen gerichtliche Nährungsverbote ausgesprochen wurden und es trotzdem zu einer Tötung kam“, sagte Liesching damals. „Einen Großteil der Fälle könnte man mit einer effektiven elektronischen Überwachung verhindern.“

tagesschau.de, 15.05.2023

„Die Redaktion des WEISSEN RINGS hat intensiv dazu recherchiert und festgestellt: In Deutschland gibt es keinen wirksamen Schutz für Frauen vor ihren (Ex-)Männern.“

Deutscher Präventionstag, 08.01.2024

Häusliche Gewalt: Weißer Ring fordert elektrische Fußfesseln für Täter

27. DEZEMBER 2023



SAT1, 27.12.2023

Häusliche Gewalt

Gewalttätige Männer: Weisser Ring fordert den Einsatz der elektronischen Fußfessel

Von Oliver Tobolewski-Zarina | 25.04.2024, 22:20 Uhr

Beitrag hören: ▶ 01:51

SH:Z, 25.04.2024

„Weißer Ring fordert mehr Schutz für von Gewalt betroffene Frauen“

SWR, 05.07.2024

Spanien als Vorbild

+ Weißer Ring in SH fordert Fußfessel für prügeln Ehemänner

Lübecker Nachrichten, 25.04.2024



Gut gelaunter Ex-Campingplatzbesitzer: Enno Saathoff (68) • Foto: privat

„Meine Frau sagt immer, ich bin stur. Ich sage immer: Ich bin nicht stur, ich bin zielstrebig. Ja, ich würde es wieder machen.“

Leute bei einem zu Hause anrufen und man den Kindern verbieten muss, ans Telefon zu gehen. Wir haben dann gesagt, wir hören auf mit dem Campingplatz. Wobei der Stress ja eigentlich nicht vom Platz kam, sondern von diesen Leuten, die uns schrieben und anriefen. Die hießen übrigens nicht Abdul oder Ismael oder Mohammed, die hatten alle deutsche Namen.

Damals fragte ich Sie, ob Sie nach dieser Erfahrung mit Hass und Hetze die Entscheidung mit der Corona-App noch einmal treffen würden. Ihre Frau sagte sofort: „Nein!“, Sie sagten trotzig: „Doch!“ – aber ich schrieb, ganz glaubwürdig klängen Sie dabei nicht. Wie lautet Ihre Antwort heute?

Meine Frau sagt immer, ich bin stur. Ich sage immer: Ich bin nicht stur, ich bin zielstrebig. Ja, ich würde es wieder machen.

Den offiziellen Zahlen zufolge, aber auch nach meinem subjektiven Eindruck nimmt Hasskriminalität weiter zu. Wie sehen Sie das?

Haben Sie das gerade mitbekommen? Meine Frau hört uns ja zu, und sie rief: „Ja! Ja! Ja!“ Ein Wort im Internet kann schlimmer sein als ein Peitschenhieb. Was mir aber auch aufgefallen ist: Ich bin ja schon lange Rentner, aber ich fahre manchmal Taxi – und auch da haben Aggressivität und Kriminalität merklich zugenommen. Bei bestimmten Feierlichkeiten und Veranstaltungen gibt es immer Ärger, die Polizei muss jedes Mal kommen. Der eine greift mir besoffen ins Lenkrad, ein anderer tritt mir den Spiegel ab, und wie diese Leute mit den Polizisten umgehen, da gibt es offenbar keine Hemmungen mehr.

Apropos Polizei: Ich fragte Sie und Ihre Frau 2021 auch, ob Sie sich und Ihre Familie als Opfer von Hass und Bedrohung hinreichend vom Staat und seinen Organen geschützt fühlten. Ein doppeltes „Nein“ war die Antwort. Wie beurteilen Sie das heute?

Die härtesten Bedrohungen wegen der Corona-App hatte ich bei der Polizei angezeigt. Ich habe die Nachrichten abgegeben, sie wurden aufgenommen – und irgendwann kam dann jedes Mal der Bescheid: „Verfahren wurde eingestellt“. Vor einiger Zeit habe ich mit dem Taxi Gäste zu einer Kneipe gefahren. In dieser Stadt darf ich keine Fahrgäste aufnehmen, weil sie nicht zum Kreis gehört. Ein Typ stieg ein, ich erklärte ihm, dass ich ihn nicht fahren darf. Er fing Streit an, beleidigte mich, stieg aus und knallte die Beifahrertür zu. Dann riss er meine Fahrertür auf und schlug mir ins Gesicht. Ich wurde am Auge verletzt. Auch das habe ich angezeigt. Nach 14 Tagen hieß es wieder: „Verfahren wurde eingestellt“. Man ist schon ziemlich allein.

Trotz all dem sind Sie ein auffallend gut gelaunter Mensch. Sie haben keinen Campingplatz mehr, manchmal fahren Sie Taxi ... was machen Sie ansonsten den ganzen Tag dort oben bei Regen und Wind am Nordseedeich?

Meine älteste Tochter ist 27 und macht gerade ihren Master als Lehrerin. Sie hat einen Sohn, meinen Enkel. Die zweite Tochter ist 16 und mitten in der Pubertät, aber sie hat einen sehr netten Freund. Die dritte Tochter ist zehn, die vierte sechs. Damit hat sich die Frage erledigt, oder?

Karsten Krogmann

„Ich bin nicht dafür da, dass andere an meinem Unglück Geld verdienen“



Der ungelöste Mord an ihrer Tochter Frauke beschäftigt Ingrid Liebs seit dem Jahr 2006. All die Jahre über war sie in verschiedenen Medien und True-Crime-Formaten präsent, vertraute fremden Menschen immer wieder ihre Geschichte an und betrieb eine eigene Internetseite zu dem Fall, „ihrem“ Fall. Sie war überzeugt: „Ich brauche die Öffentlichkeit.“ Das hat sich geändert. Hier erzählt die 72-Jährige, warum sie sich heute völlig zurückgezogen hat.

„Letztes Jahr im Herbst, am 4. Oktober 2023, habe ich die Webseite für Hinweise zum Mord offline genommen. Es war genau der Tag, an dem Frauke im Jahr 2006 gefunden worden war. Das heißt, es war eine Art Jahrestag. Den Schritt hatte ich entsprechend groß in der regionalen Presse angekündigt und bin gefragt worden, ob ich mir das gut überlegt hätte, weil ich dann ja keine Hinweise mehr bekommen würde. Daraufhin habe ich noch ein Interview gegeben, in dem ich erklärt habe, dass sich jetzt nur noch Betreffende, die etwas wissen, oder derjenige, der es getan hat, melden können, so dass dann Polizei und Staatsanwaltschaft reagieren müssen. Ich hatte das Gefühl, alles getan zu haben, was ich tun kann, und dass meine Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Nach der Abschaltung habe ich gemerkt, dass es mir sehr guttut, Abstand zu gewinnen. Ich habe Luft holen und mich wieder ein bisschen sortieren können.

Ich hatte tatsächlich sehr lange überlegt, bevor ich mich zurückgezogen habe. Die Öffentlichkeit, das hat was mit mir gemacht, habe ich gemerkt. Es sind zum Teil furchtbar abgedrehte Leute, die sich melden. Eine Frau schickte mir bestimmt 80 Nachrichten über die Webseite und behauptete, sie wäre dabei gewesen, als Frauke getötet wurde, und schilderte schreckliche Details. Aber im Laufe der Zeit merkte ich, dass diese Frau sich das nur ausgedacht hatte und die Schilderung nicht mit nachweisbaren Fakten übereinstimmte. Da sie keine E-Mail angab, unter der ich sie kontaktieren konnte, war ein Stopp erst mit der Abschaltung der Webseite gegeben. So etwas geht an die Substanz. Aber das betrifft auch gut gemeinte Hinweise. Zum Beispiel kam, kurz bevor ich die Webseite abgeschaltet habe, ein Video von einem sogenannten Lost Place rein, einem verlassenen Haus, wo in einem Zimmer Folterinstrumente aufgebaut waren. Es schien zunächst, als könnte der Standort des Hauses zum Fall passen, deshalb habe ich mir das Video genauer angesehen. Also – das war ziemlich grauslich. An so was kaue ich dann ein paar Tage.

Was die Polizei mit dem Video gemacht hat, weiß ich nicht. Dort ist Fraukes Fall im Herbst vergangenen Jahres in die Cold-Case-Abteilung gewechselt, wo Tötungsdelikte landen, die ja nicht verjähren, wenn sie nach längerer Zeit nicht gelöst wurden. Das finde ich in Ordnung, der aktuelle Leiter der Abteilung gilt als kompetent, verlässlich und menschlich in Ordnung. Und vom Staatsanwalt habe ich zwischenzeitlich ein Schreiben erhalten, dass weiterhin Hinweise entgegengenommen werden.

Auch wenn ich mich zurückgezogen habe – im Internet wird weiterhin diskutiert. Für manche Leute scheint es ein Hobby zu sein, in Foren über True-Crime-Fälle zu spekulieren oder sich etwas dazu auszudenken. Ich gehe zwar immer noch davon aus, dass es Mitwisser des Mordes gibt, die sich auch in solchen Foren bewegen. Aber ich selbst gehe da nicht rein, es steht so viel erfundener Unsinn darin, dass mich das nur aufregt, deshalb sind Foren für mich tabu. Es gibt ja Leute, die sich daran erfreuen, wenn sie andere beunruhigen. Es tut mir gut, dass ich den ganzen Mist nicht mehr lese. Wenn etwas Wichtiges oder Auffälliges geschrieben wird, kommt das immer noch bei mir an, weil es Menschen gibt, die mich darauf aufmerksam machen. Das ist dann in Ordnung für mich.



Für unser Titelthema „True Crime – Wa(h)re Verbrechen“ sprach unsere Redakteurin Nina Lenhardt Anfang 2023 mit der ehemaligen Schuldirektorin Ingrid Liebs, deren Tochter Frauke im Jahr 2006 ermordet wurde. Der Fall ist bis heute ungelöst. Liebs beschrieb, dass sie als Betroffene auf Antwortsuche Öffentlichkeit benötige und die Zusammenarbeit mit Medien deshalb als „Win-win-Situation“ ansehe.



Zum Artikel
forum-opferhilfe.de/ingrid-liebs-uber-true-crime/



„Es tut mir gut, dass ich den ganzen Mist nicht mehr lese“, sagt Ingrid Liebs. · Foto: Christian J. Ahlers

Ich habe zwar aufgehört, aktiv zu suchen. Aber das heißt nicht, dass ich überhaupt nichts mehr mit Frauke zu tun habe. Ich bin offensichtlich an vielen Stellen bekannt wie ein bunter Hund und bekomme immer noch mal direkt Informationen von Fremden. Etliche haben herausgefunden, dass ich hier in Minden-Lübbecke die Außenstelle des WEISSEN RINGS leite, und daher erreichen mich auch über mein Vereins-Engagement Hinweise. Gelegentlich eine Mail oder einen Anruf zu bekommen, das ist für mich auch in Ordnung. Wenn ich allerdings merke, dass jemand Unsinn redet, breche ich das Gespräch sofort ab und sage ganz deutlich, dass mit ausgedachten Behauptungen und Vermutungen niemandem geholfen ist und man Betroffene damit nicht behelligen sollte. So eine Reaktion hätte ich mir früher nicht zugetraut, das musste ich im Laufe der Zeit erst lernen. Durch den Abstand, den ich seit der Abschaltung der Webseite gewonnen habe, kann ich solche Kontaktaufnahmen mittlerweile ein bisschen gelassener hinnehmen.

Derartige „Hinweise“ von Privatpersonen sind ganz sicher eine der negativen Auswirkungen meines früheren Mitwirkens an True-Crime-Formaten. Das muss man wohl in Kauf nehmen, wenn man in die Öffentlichkeit geht und Hinweise erhalten möchte. Damals war das für mich richtig, weil ich das Gefühl hatte, ich tue alles, um dabei zu helfen, den Fall aufzuklären, und auch, um unter Umständen Druck bei Ermittlungsbehörden zu machen.

Aus heutiger Sicht wäre mein Appell, sich nur dann bei Opfern zu melden, wenn man Informationen hat, die wahr und nachprüfbar sind. Und man muss bereit sein, sich nicht hinter einer Anonymität zu verstecken. Nach diesen Kriterien darf mich jeder kontaktieren, und dann setze ich mich mit Hinweisen auseinander. Wenn diese Kriterien jedoch nicht erfüllt sind, ist es unverantwortlich, Opfer zu kontaktieren, man sollte es dann einfach sein lassen. Das erspart den Betroffenen Zeit und Unruhe, denn jeder Hinweis führt dazu, dass

Forum Opferhilfe 04/2024



Ehrensache

**Aus dem Verein,
für den Verein**

n, weil
tieren
denen
e, wie
Men-
ößen.
ch im
t prä-
neuer,
etwas
sehe,
re ich
n und

Fern-
rime-
e auch
nfach
ungen
aukes
s und
m ein
ng zu
alten,
ngen?
glück

-
it
le

Der WEISSE RING – das sind die Menschen, die sich für ihn einsetzen. In dieser Ausgabe der „Ehrensache“ lernen Sie die neue Bundesvorsitzende, Barbara Richstein, und den Landespräventionsbeauftragten von NRW/Westfalen-Lippe, Dieter Remmert, kennen.

Inhalt

Herzenssache

S. 2

Impressionen von der Bundesdelegiertenversammlung

S. 8

Immer 100 Prozent

S. 10

Aus den Ländern

S. 14

Aus dem Verein

S. 16

Herzenssache

Mehr als 25 Jahre saß Barbara Richstein als Abgeordnete im Brandenburger Landtag, fast genauso lange ist sie Mitglied im WEISSEN RING. Im September 2024 wählten die Delegierten des Vereins sie zur neuen Bundesvorsitzenden. Was möchte sie in den kommenden zwei Jahren als oberste Opferschützerin bewegen? Ein Treffen in Berlin.

An einem kühlen Oktobernachmittag tuckern Ausflugsdampfer auf der Spree durchs politische Berlin, Hauptstadttouristen machen Fotos vom Bundeskanzleramt. Am Ufer gegenüber liegt der „Zollpackhof“. Der Biergarten des Lokals ist verwaist, auf den Tischen sammelt sich buntes Herbstlaub. Der Internetseite des Restaurants zufolge befand sich hier um 1700 das erste Ausflugslokal Berlins. Heute werben die Betreiber mit der Berliner Tradition und schenken zwischen holzvertäfelten Wänden und blau-weißen Tischtüchern bayerisches Bier aus.

Barbara Richstein, 59 Jahre alt, Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Brandenburg und seit knapp vier Wochen zudem neue Bundesvorsitzende des Vereins, hat den Treffpunkt aber nicht wegen der krachledernen Gemütlichkeit vorgeschlagen, sondern wegen der verkehrsgünstigen Lage in Berlin-Mitte.

Sie öffnet ihre Aktentasche und legt einen Stapel Papier aufs Tischtuch. Das, sagt sie, habe sie neulich beim Ausräumen in ihrem Büro gefunden: Kopien von Presseartikeln, erschienen im Jahr 2002, als Richstein Justizministerin in Brandenburg wurde. „Der Opferschutz soll verstärkt werden“, schrieb die „Lausitzer Rundschau“, der „Tagesspiegel“ zitierte groß: „Ein verstärkter Opferschutz liegt mir besonders am Herzen“. Barbara Richstein lächelt. „An der Aussage hat sich nichts verändert“, sagt sie heute, 22 Jahre später.

Seit 1999 saß die CDU-Politikerin aus Falkensee am Rande Berlins im Brandenburgischen Landtag, zuletzt als Vizepräsidentin des Potsdamer Hauses. Zur Landtagswahl im September 2024 ist die 59-Jährige nicht mehr angetreten. Nach 25 Jahren im Landtag ist für Richstein also Schluss in der Politik, oder wie sie sagt: „Ein neuer Lebensabschnitt beginnt.“



Barbara Richstein wurde 1965 in Sindelfingen, Baden-Württemberg, geboren. Nach ihrem Abitur in Tel Aviv studierte sie Rechtswissenschaften in Bonn. Nach dem ersten Staatsexamen zog sie 1991 nach Berlin, wo sie in der freien Wirtschaft arbeitete und ihr Rechtsreferendariat absolvierte. Zwei Jahre arbeitete sie in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Seit 1997 ist sie als Rechtsanwältin zugelassen.

Von 1999 bis zum September 2024 saß Barbara Richstein für die CDU als Abgeordnete im Landtag von Brandenburg, ab 2019 als Vizepräsidentin. Von 2002 bis 2004 war sie brandenburgische Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen trat sie nicht mehr an. Sie kandidierte aber für den Kreistag Havelland und ist die Vorsitzende des Gremiums.

Barbara Richstein ist seit 2002 Mitglied im WEISSEN RING. Acht Jahre war sie stellvertretende Landesvorsitzende in Brandenburg, seit 2022 ist sie Landesvorsitzende. Richstein ist außerdem „seit dem Bundesligaabstieg“ Mitglied bei Energie Cottbus, zudem engagiert sie sich im Rotary Club und beim Deutschen Leichtathletikverband.

Lassen Sie uns raten, Frau Richstein: Sie sind mit dem Fahrrad da?

Nein. (Sie lacht.) Mit der Bahn, der Hauptbahnhof ist ja nur ein paar Hundert Meter entfernt von hier.

Bei Ihrer Vorstellung vor der Wahl zur Bundesvorsitzenden des WEISSEN RINGS wurde das augenzwinkernd als ausdrücklicher Vorteil der Kandidatin Richstein angepriesen: Sie könnten künftig jederzeit mit dem Fahrrad in die Hauptstadt radeln, um dort öffentliche Termine wahrzunehmen und Netzwerke zu knüpfen.

Das stimmt. Aber wissen Sie auch, woher die Fahrrad-Anspielung kam?

Nein. Verraten Sie es uns?

Im Sommer war ich mit einer Freundin auf einer Fahrradtour, so wie in jedem Jahr. Genau in diese Zeit fiel aber die digitale Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands des WEISSEN RINGS, bei der bekannt gegeben werden sollte, dass ich kandidieren werde. Eigentlich wollten wir bis zu der Sitzung eine Gaststätte erreicht haben, das hat aber nicht geklappt. So habe ich mich dann mit Fahrradhelm eingewählt. Unglücklicherweise war das in der Nähe von Wacken, wo gerade der erste Tag des berühmten Heavy-Metal-Festivals gefeiert wurde und die Musik entsprechend dröhnte. (Sie lacht.) Aber es hat dann ja doch alles geklappt.

Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie als Bundesvorsitzende kandidiert haben? Zunächst waren Sie als Versammlungsleiterin nominiert, nicht als Kandidatin für die Vereinsführung ...

Das kam auch überraschend für mich. Patrick Liesching, der die vergangenen beiden Jahre der Bundesvorsitzende war, hat mich im Sommer in einem persönlichen Gespräch gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, seine Aufgaben zu übernehmen. Ich empfand und empfinde es als eine große Auszeichnung, überhaupt gefragt zu werden, und es passte gut zusammen mit dem Ende eines Lebensabschnitts: Vor zwei Jahren hatte ich entschieden, dass ich nach 25 Jahren aus der Landespolitik ausscheide und mich neuen Aufgaben widmen möchte. Allerdings bin ich auch Aufsichtsrätin beim Deutschen Leichtathletikverband. Deshalb musste ich erst mal abklären, ob meine Engagements für beide Seiten okay sind. Das passte, und das freut mich sehr, denn der WEISSE RING liegt mir schon seit über 20 Jahren am Herzen.

Was ändert sich im WEISSEN RING mit Barbara Richstein als Bundesvorsitzender?

Ich glaube, ich kann wunderbar anknüpfen an die gute Arbeit, die Patrick Liesching in den vergangenen beiden Jahren geleistet hat. Ich bin sehr glücklich, dass wir ihn überzeugen konnten, als Stellvertreter weiter dem Geschäftsführenden Bundesvorstand anzugehören.

Wir sind ein gutes Team in dem Gremium, und die Zusammenarbeit ist einfach schön. Ich werde das Rad auch nicht neu erfinden: „Digitale Gewalt“ wird uns weiter beschäftigen, das war 2024 das Jahresthema des WEISSEN RINGS, und das wird es auch im kommenden Jahr sein. Die Maschen der Betrüger im Digitalen werden immer raffinierter, deshalb ist Prävention in diesem Bereich so wichtig. Der WEISSE RING hat aber auch viele andere Dinge angestoßen. Dazu gehört unser Anliegen, dass die Fußfessel-Überwachung nach dem spanischen Modell auch in Deutschland eingeführt wird, um Opfer häuslicher Gewalt besser zu schützen.

Haben Sie Hoffnung, dass das spanische Modell zeitnah kommt?

Um ganz ehrlich zu sein: In dieser Legislaturperiode, in der keiner weiß, wie lange die überhaupt noch bestehen wird, glaube ich da eher nicht dran.

Was Barbara Richstein zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen kann: Zwei Wochen nach unserem Gespräch wird Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) seinen Finanzminister Christian Lindner (FDP) entlassen – das Ende der Ampelkoalition. Auch FDP-Justizminister Marco Buschmann, der einer bundesrechtlichen Fußfessel-Regelung ablehnend gegenüberstand, tritt zurück. Neuwahlen sollen Ende Februar stattfinden.

Ich habe aber die Hoffnung, dass eine neue Bundesregierung das spanische Modell in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringt. Das wird auch Zeit, denn jeder Tag ohne die Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes ist für die Betroffenen einer zu viel.

„Wir müssen noch lauter werden und die Probleme im Opferschutz klar als solche benennen, den Finger in die Wunde legen.“

Im Frühjahr 2024 haben Sie, damals noch als designierte Versammlungsleiterin, einen Fragebogen für unser Magazin ausgefüllt. Darin sagten Sie, der WEISSE RING müsse insbesondere in den neuen Bundesländern noch bekannter werden. Wie wollen Sie das als Bundesvorsitzende anstellen?

Der WEISSE RING war in der Vergangenheit sehr westdeutsch orientiert. Das fängt bei den Gremienbesetzungen an und reicht bis zu Seminarinhalten, in denen die meisten Fallbeispiele aus den alten Bundesländern stammen. Generell ist Diversität wichtig, auf allen Ebenen. Und natürlich eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen noch lauter werden und die Probleme im Opferschutz klar als solche benennen, den Finger in die Wunde legen. Dass das klappen kann, zeigen die zahlreichen Reaktionen zu unserem Einsatz für das spanische Modell bei der Fußfessel. Der Verein muss aber nicht nur in Ostdeutschland bekannter werden, sondern bundesweit – vor allem bei den jüngeren Menschen. Ich war Mitte Oktober beim Dialogforum, einem Treffen der Jungen Mitarbeitenden des Vereins aus ganz Deutschland. Viele von denen haben mir gesagt: „Uns kennt keiner“. Die „Generation Eduard Zimmermann“ um den Mitbegründer des WEISSEN RINGS, der durch die Fernsehsendung „Aktenzeichen XY“ so etwas wie eine Institution war, wird eben immer kleiner.

Die Bundesdelegiertenversammlung des WEISSEN RINGS, die Sie zur Bundesvorsitzenden gewählt hat, hat auch einen Unvereinbarkeitsbeschluss verabschiedet, der den Verein vor einer möglichen Unterwanderung durch extremistische Kräfte schützen soll. In einigen Regionen der neuen Bundesländer erreichte die in Teilen rechts-extreme AfD bis zu 40 Prozent der Wähler, auch bei Ihnen in Brandenburg kam die Partei auf knapp 30 Prozent. Erschwert so ein Unvereinbarkeitsbeschluss Ihren Plan, den WEISSEN RING „ostdeutscher“ zu machen?

Die Gefahr von Unterwanderung durch Extremisten – und damit meine ich nicht nur durch Parteien, sondern auch Menschen mit einer solchen Weltanschauung – ist schon sehr groß. Der Beschluss ist inhaltlich ja auch nicht ganz neu: Schon 2018 haben wir uns von Extremisten klar distanziert, nun ist das auch in unserer Satzung verankert. Ich glaube, da sind die Deutschen ein bisschen feinfühlicher geworden und verstehen, warum wir uns so positionieren müssen. Es ist daher folgerichtig, dass der Beschluss bei der Delegiertenversammlung in Frankfurt fast einstimmig beschlossen wurde. Das ist ein gutes Zeichen. Der WEISSE RING ist keinesfalls unpolitisch, aber er ist überparteilich.

Im Jahr 2018 distanzierte sich der WEISSE RING von extremistischen Strömungen und Parteien. Der Bundesvorstand verurteilte damals Rassismus, Antisemitismus und

Fremdenfeindlichkeit aufs Schärfste und beschloss einstimmig, dass sich der Verein nicht von extremistischen Parteien instrumentalisieren lässt und keine Spenden von der AfD annimmt. Auslöser war die missbräuchliche Verwendung des Logos des WEISSEN RINGS bei einer öffentlichen Spendensammlung durch einen Ortsverband der AfD in Nordrhein-Westfalen. Nach der Veröffentlichung des Vorstandsbeschlusses im Magazin des WEISSEN RINGS erklärten ein paar Dutzend Vereinsmitglieder ihren Austritt.

Sie waren lange im Brandenburgischen Landtag. Wie haben Sie die AfD dort erlebt?

In den letzten Jahren ist der Umgangston rauer geworden, das merken wir in der Gesellschaft, wir merken es aber natürlich auch in der Politik. Ich habe den Eindruck, dass die Menschen sich gegenseitig weniger zuhören, sondern viele sich nur noch auf das Kontra, auf die eigene Gegenposition konzentrieren. Das liegt aber nicht nur an der AfD, muss man ehrlicherweise sagen. Die Brandenburger AfD wird derzeit vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall beobachtet, aber einige ihrer Abgeordneten gelten bereits als gesichert rechtsextrem. Es wurde in den Debatten schon deutlich, dass einige von denen eine völkisch-nationale Einstellung haben. Egal, welches Thema diskutiert wurde, sie haben immer wieder die Schleife bekommen, gegen Migranten zu hetzen und gegen andere, die nicht in ihr Weltbild passen.

Waren Sie als CDU-Politikerin Hass und Hetze ausgesetzt?

Hm. (Sie überlegt kurz.) In den 25 Jahren habe ich nur ein- oder zweimal einen unschönen Brief bekommen. Ich habe immer versucht, andere nicht persönlich anzugreifen und nicht zu stark zu polarisieren. Das ist nicht meine Klaviatur und hat mir bei der Arbeit, vor allem als Vizepräsidentin des Landtags, sehr geholfen. Ein Kollege von der Opposition hat mir mal gesagt: „Sie sind zu allen gleich streng.“ Das galt auch für meine eigene Fraktion.

Viele Politikerinnen und Politiker berichten von massiver analoger und digitaler Gewalt, zunehmend auch im kommunalen Bereich. In der Stadt Neubrandenburg hat jüngst ein Bürgermeister aus diesem Grund sein Amt niedergelegt. Was kann, was muss der Staat tun, um diese Menschen und ihre Ämter besser zu schützen?

Es ist ja schon einiges geschehen. Erst im Sommer hat die „Starke Stelle“ ihre Arbeit aufgenommen, das ist eine bundesweite Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger. Betroffene Politiker können sich dort individuell beraten lassen. In Brandenburg gibt es außerdem ein mobiles Beratungsteam: Als in meiner Kommune eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden sollte, gab es viel Widerstand. Das Beratungsteam



„Wir sind ein gutes Team“: Barbara Richstein mit Vorstandskollegen bei der Bundesdelegiertenversammlung 2024 in Frankfurt am Main · Foto: Christian J. Ahlers

hat dann alle an einen runden Tisch geholt und dazu eingeladen, sachlich miteinander zu reden. Das Innenministerium in Brandenburg hat zudem eine Umfrage unter kommunalen Mandatsträgern gemacht, um faktenbasiert herauszufinden, wie viel Gewalt die wirklich erleben – und von wem sie angegriffen werden. Spannenderweise sind es manchmal nicht nur die Bürger, die Politiker bedrohen, sondern auch Kollegen aus den eigenen oder anderen Fraktionen.

Was kann, was muss eine Opferschutzorganisation wie der WEISSE RING tun, um Politikerinnen und Politiker zu schützen?

Im Bereich der Politik geht es oft um verbale Taten, körperliche Angriffe sind zum Glück eher die Ausnahme. Viele, die im Netz angegriffen werden, möchten vor allem geschützt werden. Es ist aber nicht immer leicht zu sagen, ab wann eine Aussage justiziabel ist und wann nicht. Das können wir auch nicht entscheiden. Der WEISSE RING versteht sich als Lotse im Hilfesystem, und dazu gehört, auf Angebote wie die „Starke Stelle“ zu verweisen, deren Netzwerkpartner wir auch sind. Außerdem gibt es noch spezialisierte Institutionen wie HateAid, die sehr erfahren sind im Umgang mit digitaler Gewalt und Betroffenen gut helfen können.

Wäre es ein hilfreiches Mittel gegen digitale Gewalt, wenn jeder sich nur noch mit dem Klarnamen im Internet anmelden dürfte?

Das würde ich mir wünschen. Ich glaube aber, dafür ist es schon zu spät, das haben wir verpasst. Bei unserer Bundesdelegiertenversammlung im September hat der Faktenchecker Oliver Klein vom ZDF über Hass im Netz berichtet und gesagt: „Die Lüge ist dreimal um die Welt, bevor die Wahrheit ihre Schuhe angezogen hat.“ Ich fürchte, wir werden das Problem nicht von heute auf morgen in den Griff bekommen. Deshalb ist es wichtig, auf Prävention zu setzen, vor allem bei der jüngeren Generation, die ja schon ganz anders mit digitalen Medien aufwächst.

Digitale Gewalt ist ein recht junges Tatphänomen. Meinten Sie das, als Sie vor Ihrer Wahl ankündigten, der WEISSE RING müsse sich stärker auf neue Deliktphänomene einstellen?

Ja, neben der Verrohung und Gewalt im Netz gehören auch die moderne Form des Enkeltricks, Phishing-Mails und KI-gesteuerte Betrugsmaschen dazu. Ich habe neulich erst eine SMS bekommen: „Hallo Papa, ich habe eine neue Telefonnummer.“ Da dachte ich: „Sehr schön, jetzt bin ich plötzlich Papa.“ Das ist natürlich eine offensichtliche Betrugsmasche, aber die Menschen müssen auch wissen, dass Banken keine unseriösen E-Mails schreiben und dass Polizisten zu Hause keine Wertsachen oder vermeintliches Falschgeld sicherstellen. Prävention ist nicht ohne Grund ein Satzungsziel des WEISSEN RINGS.

Neu ist auch das Sozialgesetzbuch 14 (SGB XIV), das im Januar 2024 das bisherige Opferentschädigungsgesetz abgelöst hat. Der WEISSE RING hat ja wiederholt auf Missstände beim alten OEG hingewiesen. Sehen Sie bereits Verbesserungen für die Opfer?

Das Gute ist: Der Katalog nach dem SGB XIV ist größer geworden. Theoretisch können Betroffene von Gewalttaten nun höhere Entschädigungen erhalten. Das Problem ist aber nach wie vor, dass die Opfer dafür oft immer noch zu einem Gutachter müssen, was wieder zu Retraumatisierungen führen kann.

Wir haben bislang den Eindruck, dass die Versorgungsämter seit der Umstellung des OEG auf das SGB XIV vor allem mit sich selbst beschäftigt sind.

Ich glaube, die Umstellung braucht noch ein bisschen Zeit. Das ist ein behördeninternes Verfahren und betrifft die gänzliche Umstellung der IT.

Wie sieht denn derzeit das Verhältnis zu den Landessozialämtern aus?

Nach der Veröffentlichung unserer Recherche „Tatort Amtsstube“ in unserem Magazin vor zwei Jahren, in der wir Missstände bei der Umsetzung des damaligen



Im Gespräch: Barbara Richstein beim Interviewtermin im „Zollpackhof“ in Berlin. Im Anschluss machte sie für ihre Rotarier-Kollegen in Falkensee schnell Erinnerungsfotos von der Wand mit den Rotary-Emblemen. · Fotos: Christian J. Ahlers

Opferentschädigungsgesetzes veröffentlicht haben: eher holprig. (Sie lacht.) Es gibt aber viele Bemühungen, die Zusammenarbeit mit den Landessozialämtern zu verbessern und uns besser zu verknüpfen. Wir haben in Brandenburg und auch in anderen Bundesländern zum Beispiel unsere Außenstellen mit den Mitarbeitern der Behörden zusammengebracht, sodass jeder auch auf Augenhöhe sieht, wer da eigentlich mit wem zu tun hat. Im nächsten Jahr soll es weitere Treffen auf regionaler Ebene geben, um zu schauen, ob sich für die Opfer qualitativ etwas an der Arbeit geändert hat.

Stichwort Opfer: In Frankreich findet zurzeit ein aufsehenerregender Vergewaltigungsprozess statt. Die Betroffene, Gisèle Pelicot, möchte, dass das, was sie erlebt hat, öffentlich diskutiert und gezeigt wird. Sie machte Schlagzeilen mit dem Satz: „Die Scham muss die Seite wechseln!“ Verfolgen Sie den Fall?

Das ist ein sehr krasser Fall. Ich finde, diese Frau ist sehr mutig, und es ist bemerkenswert, dass sie die Scham nicht annimmt. Ich hoffe, dass sie ein Vorbild für andere betroffene Frauen sein kann und sie ermutigt, selbstbewusst zu sagen: „Ja, ich bin vergewaltigt worden, aber es war definitiv nicht meine Schuld!“



„Die Ehrenamtlichen sind das Herzstück des WEISSEN RINGS.“



Meinen Sie, dass sich durch den Prozess auch das Opferbild in Deutschland nachhaltig ändern kann?

Ich hoffe es sehr. Es herrscht bei einigen Menschen leider immer noch das Stereotyp, Betroffene seien selbst schuld, weil sie zum Beispiel das falsche Kleid getragen haben. Auch Verteidiger arbeiten oft in diese Richtung. Da muss sich etwas ändern.

Woran denken Sie da?

Dieses Jahr wollte das Europäische Parlament eine einheitliche Definition des Straftatbestands „Vergewaltigung“ festlegen, die in allen Mitgliedsstaaten gelten sollte. Das Vorhaben ist aber gescheitert, unter anderem an unserem Bundesjustizminister Marco Buschmann von der FDP, weil er die Europäische Union aus formalen Gründen als nicht zuständig ansah. Die Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Es gibt auch Rechtsexperten, die das Gegenteil gesagt haben. Wir hätten da längst weiter sein können.

Den Plänen des Europäischen Parlaments zufolge sollte jegliche „Vornahme einer nicht-einvernehmlichen sexuellen Handlung an einer Frau“ als Vergewaltigung gelten, wobei „das Schweigen der Frau, ihre fehlende verbale oder körperliche Gegenwehr oder ihr früheres sexuelles Verhalten“ nicht

als Zustimmung betrachtet werden dürften. Vereinfacht ausgedrückt: nur Ja heißt Ja. In manchen EU-Staaten, zum Beispiel in Schweden oder Spanien, ist diese Regelung bereits geltendes Recht. In Deutschland gilt seit einer Änderung des Sexualstrafrechts im Jahr 2016 hingegen das Prinzip „Nein heißt Nein“.

Wie geht es für Sie jetzt weiter? Nicht nur der WEISSE RING muss in Ostdeutschland bekannter werden – umgekehrt müssen Sie als Vorsitzende eines ostdeutschen Landesverbands vermutlich auch an Ihrer Bekanntheit auf Bundesebene arbeiten. Werden Sie in den nächsten Wochen nun Deutschland bereisen, um sich in allen 400 Außenstellen des Vereins vorzustellen?

Alle Außenstellen zu besuchen wird vermutlich etwas schwierig. (Sie lacht.) Aber beim Treffen der Jungen Mitarbeitenden war ich schon, auch bei den Zentralen Ehrenamtlichen Diensten, also beim Opfer-Telefon und bei der Onlineberatung des Vereins. Ich werde zu so vielen Landestagungen fahren wie möglich. Ich merke, dass die Leute enorm motiviert sind. Die Ehrenamtlichen sind das Herzstück des WEISSEN RINGS, das habe ich auch bei der Vorstellung vor meiner Wahl gesagt.

Nach dem Interview brauchen wir noch ein paar Fotos. In einem Clubraum des „Zollpackhofs“ entdeckt Barbara Richstein eine Wand voller Wimpel und Embleme. Es sind die von Rotary-Clubs aus ganz Deutschland. Richstein lacht, dann zückt sie das Handy und macht mehrere Fotos. „Da bin ich auch Mitglied“, sagt sie. Was sie nicht sagt: Sie ist die Präsidentin ihres Rotary-Clubs in Falkensee. Auch das ist ein Ehrenamt. Natürlich.

Christian J. Ahlers und Karsten Krogmann

Ein Rückblick in Zitaten

Bei der Bundesdelegiertenversammlung (BDV) des WEISSEN RINGS Ende September in Frankfurt am Main wurden wichtige Entscheidungen getroffen, es ging um Finanzen, Anträge und natürlich um die Wahl der neuen Bundesvorsitzenden. Aber diesmal war etwas anders: Die Veranstaltung startete mit einem „politischen Vormittag“ zum Thema „Digitale Gewalt“ und namhaften Gästen.



„Das Internet ist ein Freiraum, der von allen mitgestaltet werden kann – das ist gut so. Aber ein rechtsfreier Raum darf das Internet nicht sein. [...] Wir dürfen dieses Feld nicht antidemokratischen Kräften überlassen.“

RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER (SPD)

Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat



„Wenn wir irgendwann dahinkommen, dass wir die IP-Adress-Speicherung auch für solche Deliktformen anwenden können, dann können wir einen Großteil der Straftaten aufklären.“

CHRISTIAN HEINZ (CDU)

Justizminister in Hessen



„Demokratie und Journalismus gehören zusammen. Das eine kann ohne das andere nicht sein.“

MARCUS BENSMANN

Journalist beim gemeinnützigen Recherchebüro Correctiv



„Wir erleben, dass sich die Lebenswelten immer mehr ins Digitale verlagern. [...] Da kann der WEISSE RING nicht sagen, wir leben unser analoges Leben weiter.“

DR. PATRICK LIESCHING
WEISSER RING



„Die Lüge ist dreimal um die Welt, bevor die Wahrheit ihre Schuhe angezogen hat.“

OLIVER KLEIN
ZDF-Faktenchecker



Ehrensache

„Wenn im Straßenverkehr nur das Strafrecht gelten würde, könnten wir über jede rote Ampel fahren. Wir würden nur belangt, wenn wir jemanden töten oder jemand zu Schaden käme. Warum halten wir trotzdem an roten Ampeln? Weil es einen Bußgeldkatalog gibt. Im Internet gibt es das aber nicht.“

CHAN-JO JUN
IT-Anwalt und Lehrbeauftragter der
Universität Würzburg



Immer 100 Prozent



Ein trister Herbsttag in Dortmund; feiner Sprühregen hängt wie ein Schleier über Hörde, das frühere Arbeiter-viertel im Süden der Stadt. Nur das Landesbüro des WEISSEN RINGS in NRW/Westfalen-Lippe bringt mit seiner orange-blau verzierten Fassade Farbe ins Grau.

Hier, einen Steinwurf vom Bahnhof entfernt, ist Heinz Dieter Remmert regelmäßig zu Besuch, um mit den Mitarbeiterinnen des Büros Pläne zu schmieden. Ihm geht es um Opfer, um Mitarbeiterfortbildungen und Präventions-Aktivitäten. Diesmal: geht es um ihn.

Rund 30 bis 40 Minuten Fahrzeit sind es von seinem Zuhause in der Gemeinde Ense bis zum Landesbüro. Es ist eine der kürzeren Strecken, die der drahtige Mann mit dem gepflegten Bart für den WEISSEN RING auf sich nimmt. Erst vor Kurzem war er für einen Videodreh in der Bundesgeschäftsstelle des Vereins in Mainz, demnächst steht das Netzwerktreffen der Präventionsbeauftragten in Frankfurt am Main an. Remmert ist seit etwas mehr als zwei Jahren einer dieser Beauftragten, zuständig für den Landesverband NRW/Westfalen-Lippe. Ach ja, und am Tag nach dem Netzwerktreffen steht die Schulung neuer Ehrenamtlicher im Kalender – zurück wieder in Dortmund.

Heinz Dieter Remmert selbst engagiert sich seit bald fünf Jahren beim WEISSEN RING. In seinem „vorherigen Leben“, wie er es ausdrückt, hatte er sich vom Kaufmann hochgearbeitet bis zum „Country Manager“ eines französischen Unternehmens – „ein Weltmarktführer in seiner Branche“, sagt Remmert mit einem Augenzwinkern, aber es

„Ich hatte ja ein behütetes Leben und mit diesen Themen nicht viel zu tun.“

schwingt auch Stolz mit in der Stimme. Er leitete die Standorte in Deutschland und Österreich. „Die Arbeit hat mir immer sehr viel Freude bereitet“, sagt Remmert, aber er habe in seinen Job auch viel Zeit und Energie investiert. „Deshalb war klar, dass ich mit 65 Jahren in den Ruhestand gehe“, blickt er zurück. „Ein Vakuum“, wie er es nennt, wollte er aber auch nicht.

Also begab er sich auf die Suche nach einem passenden Ehrenamt. Er wollte der Gesellschaft etwas zurückgeben und anderen Menschen helfen. Seine Bedingung dafür: Die Aufgabe sollte nichts mit seinem früheren Job in der Industrie zu tun haben.

Und es sollte seine weiteren Hobbys ergänzen: Einmal pro Woche singt er als Bariton in einem Männer-Chor; im Westfalenstadion ist der glühende BVB-Anhänger als Dauerkartenbesitzer ebenfalls bei jedem Spiel dabei. In seiner Freizeit stand er früher selbst gern auf dem Platz, Mannschaftssport ist ihm wichtig. Und die Sommertage nutzten er und seine Frau, die seit eineinhalb Jahren ebenfalls beim WEISSEN RING aktiv ist, oft für längere Touren mit dem Fahrrad. Langweilig wird ihm eigentlich nie.

Als Remmert vor gut fünf Jahren auf den WEISSEN RING aufmerksam wurde, war die Außenstelle Soest „quasi nicht existent“, erinnert er sich. Mit drei weiteren Ehrenamtlichen, darunter dem heutigen Außenstellenleiter Wolfgang Weber, belebten sie den Standort neu. „Heute sind wir rund zehn Ehrenamtliche und betreuen grob geschätzt um die 60 Fälle im Jahr“, sagt Remmert. Vor seinem ersten Opferfall habe er zwar keinen Druck verspürt, aber eine gewisse Neugierde: „Ich hatte ja ein behütetes Leben und mit diesen Themen bis dahin nicht viel zu tun“, sagt er.

Mit „diesen Themen“ meint er vor allem: häusliche Gewalt und sexuelle Gewalt, auch gegen Kinder. „Man muss lernen, damit umzugehen, aber manchmal braucht das Zeit“, sagt er. Deshalb sei es „gut, dass wir diese sensiblen Termine, in denen es beispielsweise um Sexualstraftaten geht, immer mit zwei Ehrenamtlichen begleiten“, sagt Remmert. Dieses sogenannte Sechs-Augen-Prinzip findet er wichtig und richtig.

Als sich immer mehr Ehrenamtliche in der Außenstelle Soest engagierten, erinnerte sich Remmert

an sein Motto, das ihn schon als Geschäftsführer immer begleitet hat:

„Veränderung ist schon allein der Veränderung wegen wichtig, nur so entsteht Dynamik.“

Sein Ziel: Er wollte die Öffentlichkeitsarbeit weiter vorantreiben. Erst in der vergangenen Woche habe er bei einer Veranstaltung 80 Menschen die Arbeit des WEISSEN RINGS vorgestellt. Das mache ihm Spaß, vor allem, wenn sich direkt neue Interessierte melden. Nur: „Es kommen eher Ältere“, sagt Remmert.

Der WEISSE RING habe da das gleiche Problem wie sein Chor: Nachwuchssorgen. Auf seine Initiative hin hätten die Sänger deshalb schon mal geflüchtete Männer eingeladen. 13 kamen, sie sangen gemeinsam Lieder aus deren Heimatländern, sehr bereichernd sei das gewesen, sagt Remmert. Drei von ihnen seien immer noch da, und ein Video der Proben sei auf WhatsApp sogar sehr oft geteilt worden, also viral gegangen. Remmert strahlt und

schwingt immer wieder begeistert die Arme, wenn er davon erzählt. Er wünscht sich, dass ihm so ein Erfolg auch für die Prävention gelingt.

Denn ein zentrales Thema der Öffentlichkeitsarbeit ist auch immer die Kriminalitätsvorbeugung, nicht ohne Grund ein Satzungsziel des WEISSEN RINGS. Remmerts Engagement war dem Landesvorstand nicht entgangen, so fragten sie ihn, ob er nicht Landespräventionsbeauftragter werden wolle. Seit immerhin zwei Jahren sei die Position vakant, man suche da gerade jemanden. Das ist jetzt drei Jahre her. „Ich hatte davon am Anfang noch nicht viel Ahnung und musste mich erst mal einarbeiten“, sagt Remmert und lacht. Er sprach mit den Kolleginnen im Landesbüro und den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen in der Kriminalprävention. Dann sagte er zu und legte drei Schwerpunkte fest, die ihm besonders wichtig schienen:

- Seniorensicherheit
- Schutz von Frauen vor gewalttätigen (Ex-)Partnern
- Schutz von Kindern



Alle Bilder: Christian J. Ahlers

„Veränderung ist schon allein der Veränderung wegen wichtig, nur so entsteht Dynamik.“



Der Landesverband habe mehr als 20 Außenstellen, dort müsse es doch auch andere Interessierte geben, dachte er sich und organisierte ein erstes Landespräventions-treffen. Rund 15 Menschen folgten seiner Einladung. Im Vordergrund stand von Anfang an „Best Practice“, also voneinander zu lernen. Wenn eine Aktion in einer Außenstelle gut funktioniert, wird das in einer anderen ja auch funktionieren, sagte sich Remmert. Außerdem lud er Experten ein, die über die sozialen Medien oder über die Arbeit der Polizei berichteten. Netzwerke sind Remmert wichtig.

Besonders gefällt ihm aber ein „Leuchtturm-Projekt“, das interaktive Theaterstück „Jeder denkt: Das passiert mir doch nicht...“. Es ist eine Kooperation von Stadt, Polizei und der Dortmunder Außenstelle des WEISSEN RINGS. Gemeinsam wurde ein Drehbuch geschrieben, herausgekommen sind vier Spielszenen mit jeweils einer Länge von rund zehn Minuten, in denen verschiedene Betrugs-maschen humorvoll dargestellt werden. „Es geht um ernste Themen, gelacht wird trotzdem viel“, sagt Remmert. Der Clou: Das Publikum wird aktiv eingebunden und kann in jeder Pause Fragen stellen. 130 Zuschauerinnen und Zuschauer kamen zur Premiere und belohnten die Darsteller mit viel Applaus, erinnert sich Remmert und schwingt wieder begeistert die Arme.

Zu einem anderen Treffen hatte er Experten der Initiative HateAid eingeladen, die berichteten, wie sie gegen Hass im Netz kämpfen. Remmert hofft, dass er noch mehr Menschen für die Präventions-Themen begeistern kann, vor allem jüngere. Das Jahresthema des WEISSEN RINGS sei ja „Digitale Gewalt“, „da brauche ich als alter weißer Mann den jungen Menschen nicht erklären, was dahintersteckt. Gleichaltrige können das viel besser!“, sagt Remmert. Er ist selbst Vater von zwei erwachsenen Kindern.

Trotzdem beschäftigt er sich natürlich selbst viel mit den Gefahren im Internet, aktuell bereitet er eine entsprechende Vortragsreihe in einer Volkshochschule vor, die im Frühjahr stattfinden soll. „Das ist auch eine gute Gelegenheit, um den Gästen die Arbeit des WEISSEN RINGS näherzubringen“, betont Remmert, der sich intensiv in das Thema einarbeitet. Schließlich würden „die Zuhörer sofort merken, wenn jemand nicht 100 Prozent bei der Sache ist“.

Und unter 100 Prozent will Remmert es nicht machen.

Christian J. Ahlers

📍 Schleswig-Holstein

Der WEISSE RING informierte beim 30. Sozialmarkt im schleswig-holsteinischen Wedel über seine Arbeit. Heike Behrmann und Sebastian Platte von der Außenstelle Kreis Pinneberg führten auf dem Rathausplatz viele Gespräche und knüpften Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern. Insgesamt waren rund 25 Einrichtungen, Organisationen und Vereine Anfang September dieses Jahres vor Ort. Der WEISSE RING nutzt die traditionsreiche Veranstaltung seit vielen Jahren, um sich und seine Tätigkeiten vorzustellen.



Sebastian Platte und Heike Behrmann von der Außenstelle Kreis Pinneberg stellten auf dem Sozialmarkt in Wedel ihre Arbeit vor. · Foto: WEISSE RING

📍 Bremen

Das Schulzentrum Walle in Bremen bot seinen Schülerinnen und Schülern zum Start in das neue Schuljahr im August eine Orientierungswoche an. Zum Programm zählten auch zahlreiche Workshops. Einen davon organisierte der WEISSE RING zum großen Problem K.-o.-Tropfen. Annika Randzio von der Jungen Gruppe im WEISSEN RING und Landesvorsitzender Hans-Jürgen Zacharias informierten über das wichtige Thema. Die Schülerinnen und Schüler, die zum Teil von erschreckenden eigenen Erfahrungen als Opfer von K.-o.-Tropfen berichteten, erhielten Präventionstipps und Hinweise zu Hilfsmöglichkeiten.



Klärten Schülerinnen und Schüler über K.-o.-Tropfen auf: Annika Randzio und Hans-Jürgen Zacharias vom WEISSEN RING · Foto: Schulzentrum Walle

📍 Sachsen

Unterhaltung und Information verband die Junge Gruppe Sachsen im WEISSEN RING im September in Dresden. Das wöchentliche Kneipen-Quiz im „Barneby“ stand ganz unter dem Motto Kriminalität in Deutschland und speziell in Sachsen. Die Ehrenamtlichen der Jungen Gruppe stellten Schätzfragen zu Kriminalstatistiken, Wissensfragen zu wichtigen Ereignissen und zeigten Emoji-Bilderrätsel. Neben den Fakten standen auch wertvolle Hinweise zur Prävention im Mittelpunkt. Der WEISSE RING Sachsen dankt explizit dem „Barneby“ und der „Toskana Therme“ für die Unterstützung.



Gute Laune beim Team des WEISSEN RINGS und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beim Kneipen-Quiz in Dresden · Foto: WEISSE RING

📍 Nordrhein-Westfalen / Rheinland



Stellvertretend für alle helfenden Ehrenamtlichen: Melda Karaciger, Taina Schneider, Linn Sommerhoff, Christin Zimmermanns und Sarah Coslar (v.l.n.r.) beim Christopher Street Day in Köln · Foto: Sommerhoff

Der Christopher Street Day in Köln lockte im Juli an drei Tagen mit großem Programm. Auch der WEISSE RING war mit einem Infostand vertreten. Initiiert hatten die Aktion Christin Zimmermanns und Sarah Coslar, Jugendbeauftragte in Nordrhein-Westfalen/Rheinland, mit ihrer Vorgängerin Linn Sommerhoff. Dank der Unterstützung durch Ehrenamtliche aus zahlreichen Außenstellen konnte der WEISSE RING an allen drei Tagen über seine vielfältigen Angebote informieren. Friedrich Ohst, stellvertretender Landesvorsitzender und Außenstellenleiter in Euskirchen, bedankte sich für die breite Unterstützung.

📍 Hamburg



Informierten über die Arbeit des WEISSEN RINGS: Suvi Müller (links) und Lya Siemers · Foto: WEISSER RING

Die League of Legends Uniliga, Deutschlands größte eSport-Liga für Studierende, kooperiert seit einiger Zeit mit dem WEISSEN RING. Beim großen Ligafinale im September im neuen Xperion Store im Media Markt in der Hamburger Mönckebergstraße nutzten die Jungen Mitarbeitenden (JuMa) des WEISSEN RINGS die Gelegenheit, über die Gefahren digitaler Gewalt zu informieren. Sie wiesen online und vor Ort auf Hilfsmöglichkeiten für Betroffene hin und klärten über Risiken und Auswirkungen der Gewalt im digitalen Raum auf, die vielen gar nicht bewusst sind.

📍 Baden-Württemberg



Jennifer Lautensack (2. v.l.), Leiterin der Koordinierungsstelle im Innenministerium, im Austausch mit Jochen Link, Günther Bubenitschek und Heike Bischoff vom WEISSEN RING (v.l.n.r.) · Foto: WEISSER RING

Zum ersten Bund-Länder-Austauschtreffen der „Koordinierungsstelle Präventiv und Offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus“ war der WEISSE RING ins baden-württembergische Innenministerium nach Stuttgart eingeladen – als eine von zwei nichtstaatlichen Organisationen. Jochen Link, Leiter der Außenstelle Schwarzwald-Baar-Kreis und Experte für Hasskriminalität, Heike Bischoff vom Landesbüro Baden-Württemberg sowie der Landespräventionsbeauftragte Günther Bubenitschek präsentierten den WEISSEN RING dort Anfang April als wichtigen Partner. Sie machten das Jahresthema „Digitale Gewalt – Reale Folgen“ bekannt und knüpfen viele neue Kontakte für den weiteren Austausch.

Neue Netzwerkpartnerin: Die „Starke Stelle“

Der WEISSE RING hat eine neue Netzwerkpartnerin: Die „Starke Stelle“ ist eine neue bundesweite Ansprechstation für kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger. Seit August dieses Jahres berät sie Menschen, die in ihrem kommunalpolitischen Amt Hass, Hetze und Bedrohung ausgesetzt sind. Eingerichtet wurde das Unterstützungsangebot im Auftrag des Bundesinnenministeriums beim Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK). Die „Starke Stelle“ nimmt eine Lotsenfunktion wahr und berät Betroffene individuell und vertraulich. In diesem Zusammenhang wird sie zukünftig auch auf die Außenstellen des WEISSEN RINGS aufmerksam machen.

Telefonisch ist die Ansprechstelle von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16 Uhr sowie nach Vereinbarung unter der Telefonnummer 0800 / 300 99 44 kostenlos zu erreichen.

Weitere Möglichkeiten der Beratung und Kontaktaufnahme bestehen mittels Video-Call oder per E-Mail.

Weitere Informationen unter

www.starkestelle.de 



Symbolbild: Christian J. Ahlers



Foto: Christian J. Ahlers

Botschafter-Besuch in Mainz

Viele kennen Steffen Schroeder als Kommissar Kowalski aus der ZDF-Serie „SOKO Leipzig“. Ende Oktober hat der Schauspieler und Buchautor die Bundesgeschäftsstelle in Mainz besucht.

Seit mehr als zehn Jahren ist Schroeder als Botschafter für den WEISSEN RING aktiv, vor allem das Thema Prävention liegt ihm am Herzen. Nun, da sein neuer Roman gerade fertig geschrieben ist (erscheint im März 2025), hat er sich vor Ort informiert, an welchen Projekten der Verein aktuell arbeitet, und sich mit einigen Mitarbeitenden ausgetauscht.

Steffen Schroeder war aber nicht „nur“ zum Schnacken da: Der Schauspieler unterstützt unsere Initiative, Frauen besser vor gewalttätigen (Ex-)Partnern zu schützen. Dafür wurden zwei kurze Werbevideos produziert, die in den kommenden Wochen auf den Social-Media-Kanälen des WEISSEN RINGS geteilt werden.

man sich damit beschäftigt, und bis man schließlich herausgefunden hat, dass gar nichts dahintersteckt, geht es einem vielleicht gar nicht gut.

Dass ich nicht mehr aktiv suche, heißt übrigens nicht, dass ich keine Fragen mehr habe zu dem Fall. Die sind nach wie vor da. Zum Beispiel im rechtsmedizinischen Bereich, weil ich nicht sicher bin, ob da alles gut gelaufen ist, denn ich musste entdecken, dass die Untersuchung mancher Dinge ursprünglich vergessen wurde. Demnächst habe ich daher zum Beispiel ein Treffen mit einem bekannten Forensiker. Mal schauen, ob sich dabei ein paar meiner Fragen klären lassen. Es stand mal im Raum, dass er eine große Pressekampagne mit mir machen wollte. Aber ich habe Nein gesagt, das will ich nicht, solange es nichts wirklich Neues gibt, etwas, bei dem es Erfolgsaussichten darauf gibt, in Fraukes Fall weiterzukommen. Ich habe nach wie vor einen Anwalt, den ich auch behalte. Wenn der Fall aufgeklärt würde, würde ich bei einem Gerichtsprozess mit ihm in die Nebenklage gehen.

Im Frühjahr 2023 hatte ich gefordert, dass Medienleute empathischer und sensibler sein sollten, wenn sie an Opfer herantreten. Die Anfragen, die ich seitdem erhalten habe, waren in der Art der Ansprache in Ordnung, wobei es natürlich schwer zu sagen ist, ob es einen direkten Zusammenhang gibt. In der Regel kamen

die Anfragen per Mail, das ist mir auch am liebsten, weil ich dann Zeit habe, sie in Ruhe zu lesen, zu reflektieren und auch meine Worte in Ruhe zu wählen, mit denen ich darauf gut überlegt und differenziert reagiere, wie ich die Absage vernünftig verpacke. Ich will ja die Menschen, die mich anfragen, nicht vor den Kopf stoßen. Aber ich will schon klar vermitteln, dass es für mich im Moment keinen Anlass gibt, in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Es sei denn, es ergibt sich ein ganz neuer, erfolgversprechender Ermittlungsansatz, irgendetwas Handfestes, bei dem ich eine substanzielle Chance sehe, dass ich zur Aufklärung beitragen kann. Dann wäre ich bereit, noch mal in der Öffentlichkeit aufzutreten und diese zu nutzen.

Ich schaue heute ab und zu mal einen Krimi im Fernsehen, aber das ist in der Regel ja Fiktion. True-Crime-Podcasts höre ich grundsätzlich nicht und gucke auch keine Filme aus diesem Genre. Daran habe ich einfach kein Interesse mehr. Ich habe genug eigene Erfahrungen gemacht. Ich kann niemanden daran hindern, Fraukes Fall aufzugreifen. Aber ich gebe keine Interviews und gehe nicht vor die Kamera, um irgendjemandem ein tolles Fernsehprogramm oder eine tolle Zeitung zu liefern oder um das Thema so am Köcheln zu halten, obwohl es nichts Neues gibt. Denn was soll das bringen? Ich bin nicht dafür da, dass andere an meinem Unglück Geld verdienen.“

Protokoll: Nina Lenhardt

„Die Öffentlichkeit, das hat was mit mir gemacht, habe ich gemerkt.“

Ingrid Liebs

Transparenzhinweis

Ingrid Liebs ist ehrenamtliche Mitarbeiterin des WEISSEN RINGS. Seit Januar 2020 leitet sie die Außenstelle Minden-Lübbecke des Vereins.

Ein Anruf bei...

Johann Kühme



Unter der Überschrift „Der Hass und das Recht“ spürte unser Autor Karsten Krogmann in Ausgabe 01/2021 der Frage nach, welche Folgen der wachsende Hass im Internet für Betroffene hat und warum es so selten strafrechtliche Konsequenzen gibt. Im Text ging es unter anderem um den Oldenburger Polizeipräsidenten Johann Kühme, der nach kritischen Äußerungen über die AfD beleidigt und bedroht wurde.



Zum Artikel

forum-opferhilfe.de/der-hass-und-das-recht/

In unserem Text „Der Hass und das Recht“ haben wir darüber berichtet, wie Sie beleidigt und bedroht wurden und sich dagegen juristisch zur Wehr gesetzt haben. Im letzten Satz unseres Textes heißt es: „Neun Verfahren sind noch offen (...), Ausgang ungewiss.“ Steht der Ausgang inzwischen fest?

Ja, die Verfahren sind abgeschlossen. In sieben Fällen konnten die Täter nicht ermittelt werden. In zwei Fällen, für die Beleidigungen „Idiot“ und „Spacko“, gab es Strafbefehle für die Täter.

Es waren Ihre warnenden Aussagen zur AfD, die damals zu den vielen Beleidigungen gegen Sie geführt hatten. Das hat Sie nicht davon abgehalten, sich 2023 in einem Interview mit der Oldenburger „Nordwest-Zeitung“ erneut kritisch zu der Partei zu äußern. Diesmal reagierte die AfD juristisch, sie reichte Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Sie ein und verklagte das Land wegen „stigmatisierender und ehrschädigender Aussagen über eine politische Partei durch eine Polizeibehörde“. Wie gingen diese Verfahren aus für Sie und Ihren Arbeitgeber, das Land Niedersachsen?

In dem Interview mit der Überschrift „Polizeichef Kühme: AfD gefährdet innere Sicherheit“ habe ich an konkreten Beispielen erklärt, wie die AfD Ängste schürt und so das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen negativ beeinflusst. Unter anderem zitierte ich einen AfD-Bundestagsabgeordneten, der in einer Zeitung gesagt hatte, dass es Ängste und Unzufriedenheit brauche, damit die Menschen bei einer Wahl für die AfD stimmten. Die AfD hat daraufhin eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben, die Anfang 2024 abgewiesen wurde mit dem Hinweis, dass ich keine Dienstpflichtverletzung begangen habe. Wegen dieses Interviews hat die AfD zudem Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg erhoben, um die Frage der Neutralität klären zu lassen. Dieses Verfahren ist noch anhängig.

Sahen Sie sich wegen des Interviews erneut Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt?

Erstaunlicherweise gab es danach keinen Hass per Mail oder Social Media, zumindest kam nichts davon bei mir an. Stattdessen habe ich unglaublich viele positive Rückmeldungen bekommen, persönlich, in Form von Schreiben oder öffentlicher Rückendeckung durch die Innenministerin, von Polizeiführungskräften, Gewerkschaften oder Bürgerinnen und Bürgern. Sehr gefreut habe ich mich, dass der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, öffentlich sagte, mein Beispiel habe sein Vertrauen in die Institution Polizei „nochmals überaus befördert“.

Seit einem halben Jahr befinden Sie sich im Ruhestand. Wie steht es seitdem um den von Ihnen gern zitierten „Polizeischutz für die Demokratie“?

Die Polizei Niedersachsen hat das strategische Ziel formuliert: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“ Im Gegensatz zu linken Populisten versuchen rechte Populisten ja, die Polizei für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Dagegen müssen wir uns wehren, da müssen wir resilient sein. Ich habe keinen Zweifel, dass die gesamte Führung der niedersächsischen Polizei sich weiterhin in aller Deutlichkeit gegen das intolerante, ausgrenzende Weltbild der rechten Populisten positionieren wird.

Sie sind kein Polizist und kein politischer Beamter mehr. Wie sehen jetzt Ihre Tage aus?

Ich muss mich daran gewöhnen, nicht mehr jeden Tag mit so vielen tollen Leuten innerhalb und außerhalb der Polizei im Gespräch zu sein. Aber es ist auch viel Druck von mir gewichen, das ist eine Entlastung. Meine Frau, die auch in den Ruhestand gegangen ist, und ich nutzen unsere Zeit viel für Fahrradtouren durch den Nordwesten, das genießen wir sehr. Wir haben zwei kleine Enkelkinder, was wir auch sehr genießen. Und seit Juni fahre ich in der Gemeinde im Ammerland, in der ich wohne, ehrenamtlich den Bürgerbus. Das ist eine schöne Geschichte.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass auch Busfahrer zunehmend Hass und Hetze erleben ...

Die Menschen, die den Bürgerbus heranwinken und bei mir einsteigen, freuen sich und sind alle nett zu mir. Nein, Hass erlebe ich hier nicht, die Arbeit bereitet mir einfach nur Freude.

Karsten Krogmann

„Ich habe keinen Zweifel, dass die gesamte Führung der niedersächsischen Polizei sich weiterhin in aller Deutlichkeit gegen das intolerante, ausgrenzende Weltbild der rechten Populisten positionieren wird.“



Zurück



im

Leben

Hedwig T. zeigte einen sexuellen Missbrauch an, das Bistum Münster nannte ihre Schilderung „Fiktion“ und schloss die Akte. Doch die Betroffene wehrte sich, und etwas Unerwartetes geschah: Die Kirche prüfte den Fall ein zweites Mal – und alles wurde anders. Ein Wiedersehen mit einer veränderten Hedwig T. in Nürnberg.

Neulich, sagt Hedwig T., habe sie tatsächlich Freude empfunden. Freude! „Das ist kein Gefühl, das ich aus meiner Kindheit kenne“, sagt sie, noch immer erstaunt darüber.

Was war es denn, was die Freude bei ihr auslöste?

„Wir haben gemeinsam musiziert“, sagt Hedwig T. Sie blickt ihren Mann an, der sie wie immer zu unserem Treffen begleitet hat, beide lächeln.

L Vor zweieinhalb Jahren saßen wir schon mal hier in dem Nürnberger Altstadtcafé. Hedwig T., 55 Jahre alt, hat sich verändert seitdem, und ich frage sie vorsichtig, woran es wohl liegen könnte. Eine neue Brille vielleicht? Sie lacht, und ich sehe es selbst: Die Wut ist aus ihrem Gesicht gewichen.

Als wir uns im Sommer 2022 trafen, hatte Hedwig T. gerade Post aus dem Bistum Münster bekommen, die sie „fassungslos“ machte, „sprachlos“. Der Brief war mehrere Seiten lang, aber im Grunde ließ sich der Inhalt in einem einzigen Satz zusammenfassen: Wir glauben Ihnen nicht.

Ein Jahr zuvor hatte Hedwig T. beim Bistum einen sexuellen Missbrauch angezeigt: Der Pfarrer der Kirchengemeinde, in der sie aufwuchs, habe sie bei ihrer ersten Beichte vor der Erstkommunion missbraucht. Wie so oft bei Fällen sexuellen Missbrauchs gab es keine Zeugen und keine Beweise; wie so oft bei Betroffenen sexuellen Missbrauchs hatte Hedwig T., damals acht Jahre alt, keine Erinnerungen an die Tat selbst. Sie erinnerte sich nur an das Davor und Danach, vor allem an die Worte ihrer inzwischen verstorbenen Mutter, als sie ihr abends ihre Verletzungen zeigte: „Über so etwas musst du für immer schweigen!“ Hedwig T. schwieg 44 Jahre lang, erst dann wagte sie es, zu sprechen.

Das Bistum reagierte auf die Anzeige gemäß der vom Bischof erlassenen „Ordnung für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger“. Es erstattete Strafanzeige und benannte einen sogenannten Voruntersuchungsführer, einen pensionierten Kriminalkommissar. Als die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Verjährung einstellte, begann der Voruntersuchungsführer mit seinen Ermittlungen.

Im Sommer 2022 hatte der Voruntersuchungsführer seinen Bericht abgeschlossen, und Hedwig T. saß in dem Altstadtcafé und zitierte kopfschüttelnd seine Worte, die ihr das Bistum geschickt hatte: „Die Äußerungen von Frau T. deuten stark auf eine Fiktion hin“! „Bloße Vermutungen“! „Fiktive Vorstellungen, die sie für Erinnerung hält“! „Nicht glaubwürdig“!

Es war unser letztes Treffen, bevor wir die Geschichte von Hedwig T. im Magazin des WEISSEN RINGS veröffentlichten.



Unter der Überschrift „Gottverlassen“ erzählte unser Autor Karsten Krogmann in Ausgabe 03/2022 die Geschichte von Hedwig T., die nach jahrzehntelangem Schweigen angab, als Kind von einem Pfarrer sexuell missbraucht worden zu sein. Die Kirche untersuchte ihren Fall – und glaubte Hedwig T. nicht. Unser Text beschreibt eine monatelange Suche nach Antworten, hilflose Institutionen und eine Frau, die hilflos blieb.



Zum Artikel
forum-opferhilfe.de/hilflos-und-gottverlassen/

II. 44 Jahre hatte es gedauert, bis Hedwig T. ihren Fall erzählen konnte. Und ausgerechnet die katholische Kirche, errichtet auf Glauben, sagte ihr: Wir glauben das nicht? Hedwig T. legte beim Bistum Beschwerde ein.

Die Sache mit der Beschwerde ist kompliziert. Das Kirchenrecht kennt keine Rechtsmittel wie Berufung oder Revision, es sieht nicht mal eine Akteneinsicht für Betroffene vor. Hedwig T. beschwerte sich über etwas, das sie eigentlich nicht einmal kennen dürfte. Der Interventionsbeauftragte des Bistums Münster, Peter Frings, hatte ihr den Bericht des Voruntersuchungsführers eigenmächtig zukommen lassen.

Frings, 66 Jahre alt und von Beruf Rechtsanwalt, hat das Amt als Interventionsbeauftragter mittlerweile abgegeben. Auf Nachfrage äußert er sich in einem Brief frei und ausführlich zu den damaligen Vorgängen. Es habe ihn „seinerzeit schon gestört“, dass der Voruntersuchungsführer seinen Bericht ausschließlich nach Aktenlage verfasste, ohne mit der Betroffenen oder mit dem beschuldigten Pfarrer, damals 93 Jahre alt, gesprochen zu haben. Die fehlende Akteneinsichtsmöglichkeit für die Betroffene habe seinem Rechtsempfinden „sehr stark widersprochen“, schreibt Frings: „Eine kirchliche Entscheidung würde möglicherweise auf der Basis von unvollständigen Voruntersuchungen getroffen.“ Vielleicht habe er sich über kirchliches Recht hinweggesetzt, „aber damit kann ich gut leben“.

Frings legte die Beschwerde von Hedwig T. dem Voruntersuchungsführer vor. Der sah keinen Anlass, eine erneute Untersuchung anzustellen.

Gemäß der bischöflichen „Ordnung für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger“ war der Fall Hedwig T. damit abgeschlossen. Für Hedwig T. jedoch nicht. Wut, sagt sie heute, kann ein Motor sein. Als sie 2023 erfuhr, dass der Voruntersuchungsführer in den Ruhestand gegangen war, bat sie Peter Frings, ihren Fall doch seiner Nachfolgerin vorzulegen. Womöglich setzte sich Frings zum zweiten Mal über kirchliches Recht hinweg, als er der Bitte nachkam.

Die neue Voruntersuchungsführerin traf sich mit Hedwig T. in Nürnberg, sie sprach mit dem Anwalt des beschuldigten Pfarrers (der die Tat abstritt), sie ermittelte zu nachprüfbaren Fakten wie Tatort, Tatzeit, Tatumständen. So kam sie zu einer anderen Bewertung als ihr Vorgänger, in ihrem Bericht heißt es nun: Die äußeren Umstände des von Frau T. geschilderten sexuellen Missbrauchs seien „unstrittig“, ihre Erinnerungslücken aufgrund der erlittenen Traumatisierung „nachvollziehbar“. Von „Fiktion“ könne nur die Rede sein, wenn der behauptete Ablauf so nicht möglich gewesen

wäre, „das kann ich hier nicht sehen“. Die Voruntersuchungsführerin schloss ihren Bericht mit dem Satz: „Was tatsächlich passiert ist, kann heute nicht mehr aufgeklärt werden. Beide Versionen sind theoretisch möglich.“

Peter Frings schickte Hedwig T. auch diesen Bericht zu. Und er fragte sie, ob er den neuen Bericht der Unabhängigen Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA) in Bonn zukommen lassen dürfe. Die UKA entscheidet zentral über Entschädigungszahlungen für Missbrauchsoffer der katholischen Kirche; allein 2023 bewilligte sie insgesamt 16,1 Millionen Euro für Betroffene.

Die UKA prüfte den Fall, sie erkannte Hedwig T. als Opfer an und sprach ihr eine Entschädigung zu – „angesichts der geschilderten Taten sowie des Umgangs mit dem Fall durch verantwortliche Personen“. Über den hinteren Teil des Satzes sagt Hedwig T.: „Das hat mich extrem berührt.“ Da steht es endlich: Es war falsch vom Bistum, ihre Schilderung als „Fiktion“ zu bezeichnen, es war unsensibel, es war traumatisierend.

„Die Anerkennung des Leids hat mir ein Stück meiner Identität zurückgegeben“, sagt sie im Altstadtcafé.

„Ich hätte mir gewünscht, dem Beschuldigten noch einmal gegenüberstehen zu können, damit er sich meine Erinnerungen anhören muss.“

Hedwig T.

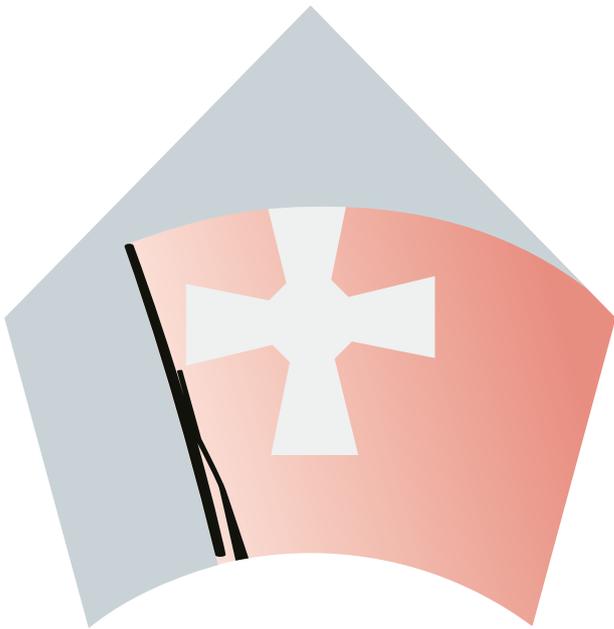


Illustration: Alexander Lehn

IV. Eine Akte kann man schließen, die dazugehörigen Erinnerungen und Gefühle aber nicht.

Da ist das Gefühl der gestohlenen Kindheit, sagt Hedwig T.: Die Erinnerung an eine Erstkommunion, die für sie mit Trauer, Wut und Scham verbunden ist. Das Schweigen danach, die Isolation.

Da ist das Gefühl der Angst. Der beschuldigte Pfarrer hatte sich 2022 einen aggressiven Anwalt genommen, der Hedwig T. eine „krankhafte Störung“ unterstellte. Sollte sie an ihren „Behauptungen“ festhalten, lasse sich „die Einleitung zivil- und strafrechtlicher Schritte nicht vermeiden“, drohte er.

Da ist das Gefühl des Bedauerns. Der Pfarrer ist im vergangenen Jahr verstorben, er wurde 94 Jahre alt. „Ich hätte mir gewünscht, dem Beschuldigten noch einmal gegenüberstehen zu können, damit er sich meine Erinnerungen anhören muss.“

Hedwig T. legt immer noch großen Wert auf Anonymität, auch dieser Text soll nicht zu viele Details über sie, ihre Familie und ihre alte Kirchengemeinde schildern. 2022 hat sie einen Karton mit Magazinen vom WEISSEN RING angefordert, sie wollte sie in ihrer Heimatgemeinde auslegen. Die Hefte liegen noch bei ihr zu Hause, es hat bislang nicht gepasst für sie.

Aber, sagt Hedwig T., da ist auch ein Gefühl von Stolz: Sie hat das Schweigen gebrochen. Sie ist, mit ihrem Mann an ihrer Seite, einen langen Weg gegangen und hat Rückschläge überstanden. Heute habe sie das Gefühl, „wieder im Leben zu sein“, wie sie sagt.

Hedwig T. ist gelernte Krankenschwester, lange konnte sie den Beruf wegen der Traumatisierung nicht ausüben. Seit einigen Monaten arbeitet sie wieder, sagt sie, „auch das macht mich stolz“. Sie lächelt.

Karsten Krogmann

Transparenzhinweis

Die Außenstelle Münster des WEISSEN RINGS vertritt Betroffene von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche. Mittlerweile steht der Leiter der Außenstelle, Ulrich Bux, in engem Austausch mit der Interventionsstelle des Bistums. „Das war nicht immer so“, sagt er, „die Denkweise dort hat sich merklich in Richtung Opfer geändert.“

III. Das Bistum Münster hat Lehren aus dem Fall Hedwig T. gezogen:

- Es gibt nicht länger nur einen Voruntersuchungsführer, es gibt inzwischen drei: zwei ehemalige Polizeikräfte, einen früheren Strafrichter. Eine Frau, zwei Männer.
- Die Voruntersuchungsführer und die Voruntersuchungsführerin treffen sich regelmäßig zu Fallbesprechungen, auch Konferenzen mit den Interventionsbeauftragten gibt es. „Es hilft uns sehr, ein solches Netzwerk nutzen zu können“, sagt Stephan Baumers, einer der beiden aktuellen Interventionsbeauftragten.
- Der Voruntersuchungsführer/die Voruntersuchungsführerin entscheidet nicht nach Aktenlage, sondern sucht das Gespräch mit Betroffenen und Beschuldigten. „Wir scheuen dafür keinen Weg“, verspricht Stephan Baumers, „wir wollen es den Betroffenen so einfach wie möglich machen.“
- Das Bistum hat den „Ablauf einer Voruntersuchung“ schriftlich festgehalten. „Zentraler Punkt“ ist dabei für Peter Frings, den ehemaligen Interventionsbeauftragten, die neue „Ziffer 4“: „Sowohl die betroffene Person als auch die beschuldigte Person können nach Abschluss des Voruntersuchungsverfahrens Einsicht in die Originalakte der Voruntersuchung nehmen.“

NEUER HÖCHSTSTAND BEI GEWALT GEGEN RETTUNGSKRÄFTE

Helfer brauchen weiter Hilfe

Wiebelskirchen im Saarland, 8. Mai 2024:

Bei einer Haus-Evakuierung wegen eines vermuteten Gaslecks weigert sich ein 51-Jähriger, seine Wohnung zu verlassen, und greift die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr an. Dabei wird ein Feuerwehrmann verletzt.

Fischweiher in Hessen, 28. August 2024:

Als ein 28-jähriger Feuerwehrmann eine Unfallstelle absichern will, attackiert ihn ein 22-jähriger Mann mit Schlägen gegen den Kopf und verletzt ihn dabei. Der Mann wollte sich die Unfallstelle angeblich mal aus der Nähe ansehen.

Reinickendorf in Berlin, 23. September 2024:

Ein 42-jähriger Rettungssanitäter wird von einem Mann mit einem Messer angegriffen, weil diesem die Wartezeit in der Rettungsstelle des Krankenhauses zu lange dauert. Der 42-Jährige kann ausweichen und bleibt unverletzt.



„Retter in Not“ hieß unsere Titelgeschichte der Ausgabe 03/2023 zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte. In der 13 Seiten umfassenden Recherche schrieb unser Autor Michael Kraske: „Leben zu retten hat Vorfahrt – dieser eigentlich selbstverständliche Grundkonsens wird offenbar immer häufiger infrage gestellt. Stattdessen wird an Einsatzorten gepöbelt, gespuckt und geschlagen.“



Zum Artikel

forum-opferhilfe.de/retter-in-not-angriffe-gegen-einsatzkraefte/

Es sind nur drei Beispiele aus drei Bundesländern aus diesem Jahr. Sie zeigen, in welchen Situationen Helfer und Retter selbst zu Opfern werden. Und sie belegen, dass weiterhin gilt, was der Report des WEISSEN RINGS im Herbst 2023 unter der Überschrift „Wenn Rettungskräfte selbst Hilfe benötigen“ festhielt: Solche Fälle sind keine Ausnahmen, sie sind Alltag der Rettungsdienste.

Wie haben sich die Zahlen seitdem entwickelt? Und wie hat der Gesetzgeber darauf reagiert?

Für die Jahre 2022 und 2023 registrierte die Polizeiliche Kriminalstatistik abermals einen Anstieg der Gewalttaten gegenüber Feuerwehrleuten und Rettungskräften. Das geht aus dem „Bundeslagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte“ hervor. Demnach wurden bei Gewalttaten gegen Rettungs- und Feuerwehrkräfte im Jahr 2023 mit 687 Fällen (+5,7 Prozent) und 1.069 Opfern (+13,7 Prozent) bei der Feuerwehr sowie 2.050 Fällen (+6,8 Prozent) und 2.902 Opfern (+8,4 Prozent) bei sonstigen Rettungsdiensten neue Höchststände verzeichnet. In mehr als der Hälfte der Fälle wurden Feuerwehrleute tödlich angegriffen (541 Opfer), gefolgt von „Bedrohung“ mit 13,1 Prozent (140 Opfer). Innerhalb

der Berufsgruppe der sonstigen Rettungsdienstkräfte wurde der größte Anteil mit 42,1 Prozent ebenfalls bei „tätlichem Angriff“ (1.222 Opfer) registriert, gefolgt von „Bedrohung“ mit 19,9 Prozent (578 Opfer). Die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte angesichts der neuen Zahlen: „Die Einsatzkräfte wurden bedroht, angegriffen, mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen – all dies bei ihrem Einsatz für unsere Sicherheit. Es ist erschreckend, mit welchem Hass und mit welcher Gewalt Einsatzkräfte umgehen müssen.“

Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck der massiven Angriffe auf Retter mit Dutzenden Verletzten in der Berliner Silvesternacht 2022/2023 im Juni 2024 Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Unter anderem soll das Strafrecht verschärft werden, um Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten zu schützen, die in gefährliche Hinterhalte gelockt werden. Künftig soll auch ein „hinterlistiger Überfall“ als besonders schwerer Fall des Widerstands gewertet und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten und maximal bis zu fünf Jahren bestraft werden.

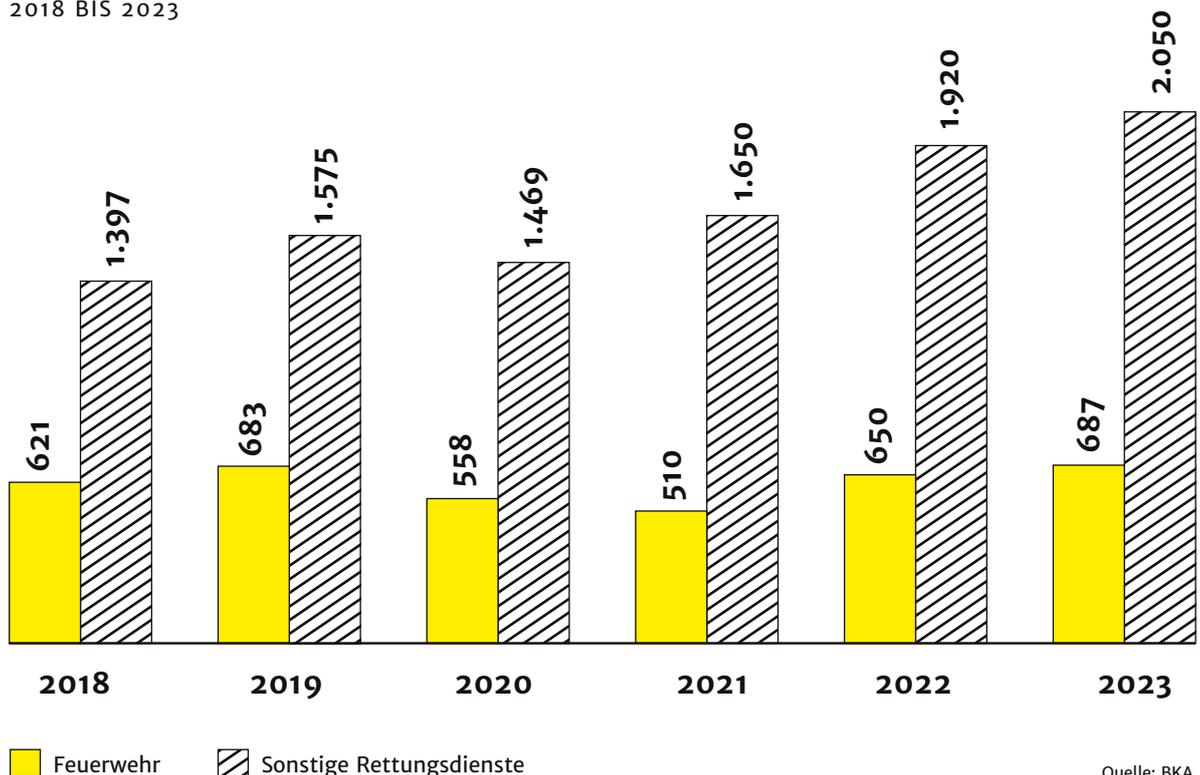
„Diese Änderungen entsprechen unseren Forderungen seit der Gewalteskalation der Silvesternacht 2022/23“, kommentierte Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), die geplante Gesetzesverschärfung. Der Deutsche Anwaltverein (DAV) begrüßte, dass der geschützte Personenkreis der Strafgesetzbuch-Paragrafen 113 und 114 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte beziehungsweise Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte) um Rettungskräfte und Ehrenamtliche erweitert werden soll.

Die zweite geplante Gesetzesänderung betrifft die Grundsätze der Strafzumessung: So soll künftig berücksichtigt werden, ob die „Auswirkungen der Tat geeignet sind, eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit nicht nur unerheblich zu beeinträchtigen“. Von dieser Verschärfung sollen Feuerwehrleute und Rettungskräfte profitieren. Die Änderungen schließen zudem Ehrenamtliche ein, die sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Ob das Gesetz noch in diesem Jahr vom Bundestag verabschiedet werden wird, ist mit dem Bruch der Ampelkoalition in Berlin fraglich geworden.

Christoph Klemp

ERFASSTE GEWALTTATEN GEGEN FEUERWEHREN UND SONSTIGE RETTUNGSDIENSTE
2018 BIS 2023



Ein Anruf bei... Andreas Hollstein



„Im Kampfgebiet Lokalpolitik“ war der Text unseres Autors Tobias Großekemper überschrieben, in dem er Anfang 2021 am Beispiel des Altenaers Ex-Bürgermeisters Andreas Hollstein beschrieb, was Hass und Hetze anrichten können. Hollstein überlebte 2017 nur mit Glück einen Messerangriff. Die Tat stand am Ende einer sich seit Jahren abzeichnenden Entwicklung gesellschaftlicher Verrohung.



Zum Artikel
forum-opferhilfe.de/im-kampfgebiet-lokalpolitik/

Sie waren von 1999 bis Ende 2020 Bürgermeister in Altena in Westfalen. Im November 2017 wurden Sie von einem Einwohner der Stadt abends auf dem Nachhauseweg in einem Döner-Imbiss mit einem Messer attackiert. Vermutlich nur dank des beherzten Eingreifens der türkischen Imbiss-Inhaber haben Sie überlebt. Der Täter – er bekam zwei Jahre Haft auf Bewährung – hatte Sie als Bürgermeister für seinen sozialen Abstieg verantwortlich gemacht. Sind Sie ihm je wieder begegnet in der Kleinstadt, in der Sie noch heute leben?

Ja, im Vorbeigehen. Es war ein paar Wochen nach Abschluss des Verfahrens. Schön ist so was nicht – besonders wenn Sie wissen, dass der Täter laut Gutachter um ein bis zwei Millimeter meine Halsschlagader mit seinem 30 Zentimeter langen Messer verfehlt hat. Ich hatte in den Monaten nach der Tat drei Hörstürze. Ein guter Freund aus der Feuerwehrseelsorge hat mir, neben meiner Familie, mit Gesprächen sehr geholfen. Der Täter von damals hätte nach Meinung vieler Beobachtender härter bestraft werden müssen.

Was machen Sie aktuell, nachdem Ihre Amtszeit in Altena 2020 endete und Sie danach bei der Oberbürgermeisterwahl in Dortmund knapp scheiterten?

Ich kümmere mich als Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mit fünf Mitarbeitern um die kommunalen Stadtwerke. Das sind 340 Unternehmen, von der großen Rheinenergie bis zu vielen Kleinen. Das Thema Energiewende reizt mich sehr. In den ersten freien Monaten bis zur heutigen Aufgabe habe ich Ahnenforschung betrieben und einen Kriminalroman geschrieben – über einen Bürgermeister, der in Polen einen Kriminalfall löst. Das Buch steht aber noch im Regal zu Hause. Nur meine Frau Claudia kennt es.

„Wir müssen zuallererst Menschen durch Argumente zum Nachdenken bringen, jedem Bürger mit Achtung begegnen, auf andere eingehen, auch wenn es schwerfällt.“



Dr. Andreas Hollstein, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) in Nordrhein-Westfalen, von 1999 bis 2020 Bürgermeister in Altena · Foto: Dominik Butzmann

Sie sprachen nach dem Messer-Angriff auf Sie in unserem Text aus dem Jahr 2021 von „digitalen Brunnenvergiftern“ und von einer wachsenden Zahl Menschen, die sich in einer Nische eingerichtet hätten und „ihre Eigeninteressen zum Daseinszweck erhoben haben“. Wie bewerten Sie das heute?

Das hat sich leider verschärft. Die Tabu-Brüche werden größer, teilweise ekelig. Verdrehung und Lüge in sozialen Medien werden gesellschaftsfähig. Wenn Menschen Eigeninteressen haben, sollten sie sich offen zu ihren persönlichen Interessen bekennen und nicht andere – das Volk, die Gesellschaft, den Wähler oder den angeblich besorgten Bürger – vorschieben. Das ist verlogen.

Als langjähriger Bürgermeister und CDU-Politiker gehören Sie zu denen, die Diskussion und Austausch über die Lager hinweg für den besten demokratiefördernden Weg halten. Ist das, bezogen auf die heutige Zeit, nicht eher romantisch oder naiv?

Wir müssen zuallererst Menschen durch Argumente zum Nachdenken bringen, jedem Bürger mit Achtung begegnen, auf andere eingehen, auch wenn es schwerfällt. Und wir müssen alle wieder mehr zuhören. Dazu gehört auch, dass es ein gutes Signal wäre, wenn es

zwischen den Volksparteien – wozu ich CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne zähle – wieder mehr Brücken gäbe. Das gilt nicht nur, aber auch für die Frage, wie wir eine gute Einwanderungspolitik machen. Dafür müssen wir in Afrika aktiver werden. Wir müssen dort unser Geld investieren in Menschen und deren gute Ausbildung, in Sprache, in Demokratie und deren Aufbau und Funktionsweisen. Das ist näher an den Leuten, die am Ende dort bleiben oder doch woanders hinwollen. Und es ist vor allem auch besser und billiger als die Reparaturwerkstatt, die wir bei uns eingerichtet haben für Leute, die woanders herkommen und hier bei uns Flickschusterei und einer diffusen Rechtsauslegung ausgesetzt sind. Miteinander sprechen und gemeinsame Lösungen finden ist der gangbarste Weg – egal ob hier oder auf anderen Kontinenten. Wenn ich in unser Land schaue, dann kann ich klar sagen: Ich teile nichts, was AfD und BSW machen, und würde nie mit denen koalieren, aber sprechen. Nur mit Politikern wie Björn Höcke würde ich nicht mal reden. (Anm. der Redaktion: Höcke ist AfD-Chef in Thüringen, er darf laut Gerichtsurteil als Faschist bezeichnet werden.)

Dirk Lübke



„Jüdisches Leben ist in Deutschland so stark bedroht wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik“

Ein Jahr nach dem mörderischen Terroranschlag der Hamas auf Israel wütet hierzulande der antisemitische Flächenbrand weiter. Die Zahl der judenfeindlichen Straftaten ist explodiert, das Sicherheitsgefühl der Betroffenen erodiert. Jüdisches Leben befindet sich in Deutschland auf dem Rückzug – unbemerkt von der Mehrheit im Land.



In seinem Antisemitismus-Report „Hass von allen Seiten“ zeigte unser Experte Michael Kraske Ende 2023 auf, wie alltäglich Anfeindungen, Stigmatisierungen und Angriffe für Jüdinnen und Juden in Deutschland sind – und wie Hass und Hetze seit dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 zunehmen. „In Deutschland verändert sich etwas“, sagte eine Betroffene unserem Autor.



Zum Artikel
forum-opferhilfe.de/antisemitismus-deutschland-report-hass-von-allen-seiten/

Als sich der Terrorangriff der Hamas auf Israel mit seinen Massakern zum ersten Mal jährt, meldet sich Charlotte Knobloch, 92 Jahre alt, mit einem bemerkenswerten Statement zu Wort. Knobloch war vor einigen Jahren Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie ist mit ihren Reden und Mahnungen bis heute eine der profiliertesten jüdischen Stimmen im Land. Der 7. Oktober 2023 habe „die jüdische Geschichte in ein Davor und Danach geteilt“, schrieb sie auf der Internet-Plattform X. „Wir leben seither in einem Dazwischen, in dem das Leben zwar weiterläuft, aber ohne Sicherheit und ohne einen festen Rahmen.“ Charlotte Knobloch verleiht in ihrer digitalen Botschaft einer Erschütterung Ausdruck, die aufhorchen lässt: „Wir haben noch unsere Synagogen und Gemeindezentren, unsere Wohnungen und Rückzugsorte. Aber das Grundvertrauen, auf dem sie einst standen, haben viele verloren.“ Zwar habe sie seither durchaus Beistand erfahren, doch dränge sich ihr der Eindruck auf, „dass allen Freunden ein noch größerer Block von Indifferenten und Hassern gegenübersteht“.

Und dann räumt diese Grande Dame, die mit ihren Einwüfen und Einlassungen immer wieder wichtige Orientierung in deutschen Debatten bietet, ein, dass sie angesichts der herrschenden Zustände nicht weiterwisse: „Wie dieses Zusammenleben aber aussehen soll mit denen, die unser Leben fundamental ablehnen, darauf weiß ich keine Antwort.“

Viel ist passiert, seit Hamas-Terroristen vor einem Jahr geplant und systematisch jüdische und israelische

Opfer vergewaltigten, Kinder und Alte massakrierten, insgesamt etwa 1.200 Menschen ermordeten und über 200 Zivilisten als Geiseln nach Gaza verschleppten. Videoclips haben die Botschaft antisemitisch motivierter Vernichtung über den Erdball verteilt und damit den Hass auf Juden befeuert. Ein Jahr später befanden sich Medienangaben zufolge noch immer 97 Geiseln in der Gewalt der Terrororganisation. Israel ist weiterhin Ziel von massiven Raketenangriffen, zuletzt auch aus dem Iran.

Seit dem Terrorangriff führt die israelische Regierung unter Benjamin Netanjahu einen erbarmungslosen Krieg gegen den Terror der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon, der bereits Tausende Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert hat. Die israelische Armee hat mit ihren Bombardements im Gaza-Streifen schwere Verwüstungen angerichtet. Beobachter berichten von einer humanitären Katastrophe für die Zivilbevölkerung durch massenhafte Flucht und Hunger. Südafrika warf Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vor, einen Völkermord an den Palästinensern zu begehen, was Israel mit dem Hinweis auf die Terrororganisation Hamas, die ihre Bürger als menschliche Schutzschilde benutze, zurückweist. Bis zu einem Urteil könnten Jahre vergehen. Der Chefankläger am IStGH, Karim Khan, erkennt derweil auf beiden Seiten Anhaltspunkte für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Brite beantragte nicht nur gegen drei Hamas-Köpfe, sondern auch gegen Israels Premier Netanjahu und dessen mittlerweile entlassenen Verteidigungsminister Yoav Gallant Haftbefehle, die sich auf die Art der israelischen Kriegsführung beziehen.



Der Krieg beschäftigt die Justiz. · Screenshot: spiegel.de

Die Eskalation im Nahen Osten hält die Welt in Atem – und sie ist auch auf deutschen Straßen spürbar. Mit propalästinensischen und israelsolidarischen Demos. Mit maximaler Polarisierung und wenig Raum für eine Differenzierung, die sowohl den islamistischen Terror gegen Juden geißelt als auch das palästinensische Leid durch den Krieg anerkennt. Nicht zuletzt sind die Folgen des Terrors und der darauffolgenden Kriege in Deutschland mit öffentlichen Solidaritätsbekundungen für die terroristische Hamas und einem enthemmten Antisemitismus spürbar, der sowohl auf Straßen als auch in digitalen Räumen befeuert wird.

Vor einem Jahr hat der Terrorangriff der Hamas auf Israel hierzulande einen antisemitischen Flächenbrand ausgelöst, der weiter wütet. Innerhalb eines Jahres registrierten die Polizeibehörden seit dem 7. Oktober 2023 rund 8.500 politische Straftaten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Mehr als 3.400 wurden als antisemitisch eingestuft. In diesem Jahr hat die Polizei bis September schon mehr als 3.200 antisemitisch motivierte Straftaten (also auch solche ohne Bezug zum Nahostkonflikt) gezählt – doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Dieses Jahr könnte somit das Jahr mit den zweithöchsten Delikt-Raten seit Beginn der Erfassung werden. Das Spektrum reicht dabei von Anfeindungen über Bedrohungen und Gewalt bis zum Terror. Auch zivilgesellschaftliche Monitoring-Stellen wie der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) oder die Amadeu-Antonio-Stiftung beobachten ein besorgniserregend hohes Niveau antisemitischer Vorfälle in allen Lebensbereichen.



Das Grundvertrauen verloren: Charlotte Knobloch, Holocaust-Überlebende und Ex-Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland · Foto: Christoph Reichwein / dpa

Einige Beispiele:

- Im Januar sehen Schülerinnen und Schüler einer Berufsschule in Wiesbaden den Film „Die Wannseekonferenz“. Als im Film die Zahl von sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden genannt wird, klatscht ein Teil der Klasse Applaus.
- Im April wird eine Frau in einer S-Bahn im Berlin-Moabit, die am Telefon über die Gewaltakte gegen jüdische und israelische Frauen beim Terrorangriff am 7. Oktober spricht, antisemitisch und sexistisch mit den Worten beleidigt: „Fick dich und deine Rasse, fette jüdische israelische Schlampe!“
- Im Mai wird ein jüdischer Mann, der an seinem Gebetsmantel als Jude zu erkennen ist, in Berlin-Gesundbrunnen von einem Unbekannten beleidigt. Auf die Parole „Free Palestine“ folgt ein Stoß. Das Opfer geht zu Boden, wird an der Hand verletzt und erleidet einen Knochenbruch.
- Im Mai wird in Jülich das dortige Mahnmal für die ermordeten Juden mit dem Schriftzug „Gaza?“ geschändet.
- Im Juni 2024 werden rote Dreiecke an eine Hauswand im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg geschmiert. Dazu Hinweise auf Bundeskanzler Olaf Scholz und Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner. Die Terrororganisation Hamas markiert mit roten Dreiecken ihre Ziele.
- Im September wird in Heidelberg eine israelische Touristin, die ein T-Shirt mit einem Davidstern und der Forderung „Bring them home now“ nach Rückkehr der Hamas-Geiseln trägt, von einem Mann angegriffen. Der Täter versucht, seinem Opfer das T-Shirt vom Leib zu reißen, und schlägt dem eingreifenden Ehemann der Angegriffenen ins Gesicht.
- Im Oktober lässt die Bundesanwaltschaft im brandenburgischen Bernau einen Mann festnehmen, der verdächtigt wird, einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Berlin geplant zu haben. Der Libyer soll nach Erkenntnissen der Anklagebehörde Anhänger der Terrororganisation „Islamischer Staat“ sein.



„Für Jüdinnen und Juden gibt es seit der Zäsur des 7. Oktober 2023 keine Atempause“: Benjamin Steinitz vom Bundesverband RIAS
Foto: Juliane Sonntag/dpa



Menschen nehmen im Oktober an einer Pro-Palästina-Demonstration am Alexanderplatz in Berlin teil. · Foto: Fabian Sommer/dpa

Benjamin Steinitz, RIAS-Geschäftsführer, stellt fest: „Für Jüdinnen und Juden gibt es seit der Zäsur des 7. Oktober keine Atempause. Der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle prägt bis heute den Alltag jüdischer Communities und schränkt ein offenes Leben weiter ein.“ Antisemitischer Hass sei am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld, in Schulen und Universitäten, aber auch auf Social-Media-Plattformen seither „sichtbarer denn je“. Auch in Deutschland werde die genozidale Gewalt der Massaker vom 7. Oktober 2023 „geleugnet, bagatellisiert oder als legitimer Widerstand verherrlicht“, so Steinitz.

Wie die unvollständige Chronik zeigt, bleibt es nicht bei Propagandadelikten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) warnt: „Die Bedrohungslage durch islamistische, antisemitische und israelfeindliche Gewalt ist hoch.“ Noch immer müssen rund um die Uhr Polizeibeamte vor jüdischen Einrichtungen Wache halten, um diese zu schützen. Ein Ende dieser notwendigen Schutzmaßnahmen ist nicht in Sicht.

Die offiziellen und zivilgesellschaftlichen Lagebilder sind alarmierend. Die Amadeu-Antonio-Stiftung, die systematisch den hiesigen Antisemitismus analysiert, warnt: „Für Jüdinnen*Juden ist die Lage seit dem 7. Oktober katastrophal, auch in der Diaspora.“ Die Stiftung beobachtet beunruhigende Entwicklungen. So erneuere die antiimperialistische Linke im Kampf gegen den Staat Israel „ihre altbewährte Allianz mit Islamist*innen“. Insbesondere Gruppen aus dem antiimperialistischen Spektrum fungierten als Steigbügelhalter für Islamismus und Terrorverherrlichung.

Israelhass wirke lagerübergreifend identitätsstiftend. Rechtsextremisten wiederum instrumentalisierten den Kampf gegen Antisemitismus und Israelhass, um ihrerseits Rassismus zu schüren. „Die sicheren Räume werden weniger, und die Bedrohungslage ist dramatisch“, so die Stiftung.

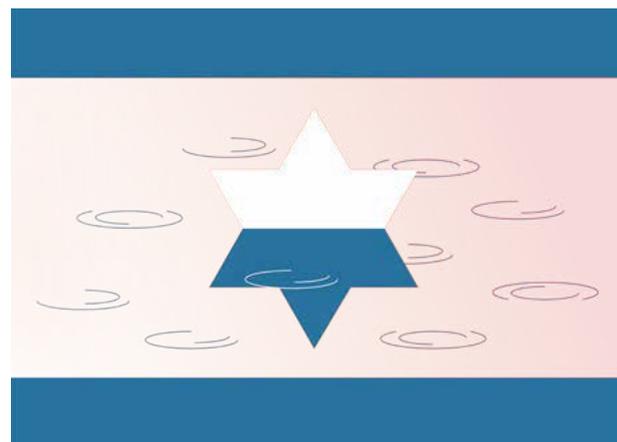
Kaum jemand verfolgt die Vorgänge so genau wie Felix Klein, der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben. Er zeigt sich angesichts der aktuellen Entwicklung tief besorgt: „Jüdisches Leben ist in Deutschland so stark bedroht wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik.“ In viel zu großen Teilen der Gesellschaft sei Antisemitismus hoffähig. Die multiplen Krisen von der Corona-Pandemie bis zum russischen Angriff auf die Ukraine und aktuell der Gaza-Krieg wirkten für antisemitischen Hass geradezu wie ein Brandbeschleuniger. Klein betont, dass Antisemitismus nicht nur von den gesellschaftlichen Rändern ausgehe, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reiche. „Unverändert kommt die weitaus größte Bedrohung aus dem rechtsextremistischen Milieu“, sagt Klein. „Allerdings zeigen sich nach dem barbarischen Terrorüberfall der Hamas auf Israel Formen und Ausmaß eines sogenannten israelbezogenen Antisemitismus, wie wir ihn in dieser Form noch nicht erlebt haben.“

„Menschen trauen sich immer weniger, sich in der Öffentlichkeit als jüdisch zu erkennen zu geben.“

Felix Klein



Verfolgt die aktuellen Vorgänge so genau wie kaum ein anderer: Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland · Foto: dpa/photothek/Florian Gaertner



Israel und das Judentum: ein Papierschiffchen im Regen? So sieht es unser Illustrator Alexander Lehn.

Immer wieder ist in Debatten der Vorwurf zu hören, jegliche Kritik an Israel werde als Antisemitismus difamiert. Der Antisemitismusbeauftragte des Bundes verweist auf die sogenannte 3D-Regel des ehemaligen israelischen Politikers Nathan Sharansky zur kategorischen Unterscheidung. Demnach sei die Grenze zum Antisemitismus dann überschritten, wenn bezogen auf Israel Delegitimierung, Dämonisierung und/oder Doppelstandards im Spiel sind. Israel das Existenzrecht abzuspüren ist demnach Antisemitismus. Auch Kritik am staatlichen Handeln Israels auf „die Juden“ zu übertragen, sei antisemitisch, betont Klein. Immer wieder berichten Jüdinnen und Juden in Deutschland, dass sie für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden. In aufgeheizten Zeiten mit immer neuen Eskalationen im Nahost-Konflikt verfangen solche Stigmatisierungen auch bei Menschen, die sich frei von Ressentiments verorten. „Wir sehen, dass die Berührungsängste zwischen islamistischen, anti-imperialistischen und selbst den progressiven Milieus seit dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 immer weiter abnehmen und im gleichen Atemzug Islamismus zunehmend verharmlost wird“, sagt Klein.

Die Folgen für die Betroffenen durch die verschärfte Bedrohungslage liegen für Felix Klein auf der Hand: „Die Sichtbarkeit von jüdischem Leben in unserer Gesellschaft wird zurückgedrängt. Menschen trauen sich immer weniger, sich in der Öffentlichkeit als jüdisch zu erkennen zu geben.“ Schon vor dem 7. Oktober 2023 haben Jüdinnen und Juden berichtet, dass sie sich gut überlegen, ob und wann sie auf der Straße oder beim Einkaufen eine Kette mit Davidstern oder die Kippa offen zeigen. Die ständige Abwägung zwischen Sicherheit und Sichtbarkeit bestimmt in der jüdischen Community seit vielen Jahren den Alltag. Aktuell stellt sich die Sicherheitsfrage noch drängender. „Jüdische Studierende berichten mir, dass sie nur noch in Gruppen wagen, über den Campus zu gehen“, so Klein. Bei geplanten

Veranstaltungen in Synagogen und jüdischen Einrichtungen komme es vermehrt zu Absagen. Der Antisemitismusbeauftragte berichtet, von der grassierenden Angst seien sowohl jüdische als auch nichtjüdische Menschen betroffen. Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erklärte der Rabbiner Maximilian Feldhake, die Kippa seit dem 7. Oktober auf der Straße nicht mehr offen zu tragen: „Man weiß nicht mehr, aus welcher Ecke ein Angriff kommen könnte – von der AfD, von Neonazis, von irgendwelchen komischen Antizionisten.“

„Die Sichtbarkeit von jüdischem Leben in unserer Gesellschaft wird zurückgedrängt.“

Felix Klein

Eine jüdische Mutter, in deren Klingelschild ein Hakenkreuz geritzt wurde, kündigt in dem Magazin-Bericht an, Deutschland mit ihrer Familie verlassen zu wollen: „Wir sitzen auf gepackten Koffern.“ Sie begründet das damit, für ihre drei Kinder in Deutschland keine Zukunft mehr zu sehen, und nennt als einen Grund „das Erstarken der AfD“. Die Partei verharmlost nicht nur die NS-Terrorherrschaft, sondern deren Spitzenpolitiker verwenden mitunter auch antisemitische Codes wie „Globalisten“. Der dämonisierende Begriff wird von der extremen Rechten als Synonym für Juden verwendet. Vor den Landtagswahlen haben die Vorsitzenden der jüdischen Landesverbände in Sachsen und Thüringen eindringlich vor der AfD gewarnt, die in beiden Ländern vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem beobachtet wird. Die Partei sei „eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie“ und: „Wir Juden kennen die Folgen einer Ideologie, wie sie die AfD verkörpert.“ In Thüringen ist die AfD unter dem Rechtsextremisten Björn Höcke, der zuletzt für die Verwendung einer SA-Parole verurteilt wurde, gleichwohl stärkste politische Kraft geworden. Manche Jüdinnen und Juden fühlen sich in Deutschland, dem Land des Holocaust, wieder so unsicher, dass sie auswandern werden. Das ist der dramatische Befund im Herbst 2024.

Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben, Felix Klein, möchte die Gesellschaft dazu ermutigen, sich stärker gegen Antisemitismus zu engagieren und dafür auch die „eher Schweigenden im Land“ gewinnen, wie er es ausdrückt: „Antisemitische Täter, die eine Minderheit darstellen, müssen wissen, dass sie nicht auf die schweigende Mehrheit in der Bevölkerung setzen können. Sie müssen wissen, dass ihr Handeln geächtet wird und Hass und Hetze gegen Juden eben keine freie Meinungsäußerung ist.“ So verweist Klein auf das Digitale-Dienste-Gesetz, das in diesem Jahr in Kraft getreten ist. Damit sei die Grundlage geschaffen worden, besser gegen Hassrede im Internet vorgehen zu können. Das Bundeskriminalamt (BKA) prüft bei Verdacht auf Straftaten Hinweise und geht mutmaßlich strafbaren Inhalten nach. Doch Experten etwa von der Organisation HateAid kritisieren seit Langem, dass nur ein Bruchteil der digitalen Hassbotschaften überhaupt geahndet wird, und fordern, die Plattform-Giganten wie X und Meta viel stärker als bisher in die Verantwortung zu nehmen. Digitale Medien fluten ihre Kanäle täglich mit Antisemitismus und Terrorverherrlichung. Ungezählte Clips erreichen auch ungefiltert die Smartphones von Schülerinnen und Schülern. Felix Klein setzt sich derweil für eine bundesweite Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen ein und fordert, Antisemitismus bundesweit zum verpflichtenden Bestandteil der Lehramtsausbildung zu machen. Wobei Schulen nur ein Brandherd von vielen sind.



Mit Buttons drücken Studenten ihre Sympathie und Solidarität aus – wird der Button für das Judentum immer kleiner? So sieht es unser Illustrator Alexander Lehn.

Der Kampf gegen Antisemitismus mit allen notwendigen Maßnahmen der Repression und Prävention steht und fällt allerdings mit der Wahrnehmung. Ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft überhaupt zur Kenntnis nimmt, wie es jüdischen Mitmenschen seit einem Jahr in Wohnhäusern, Betrieben, Vereinen, Straßenbahnen und Schulen ergeht. In welcher Lage sich jüdische Nachbarn, Kolleginnen und Mitschüler befinden. Lange vor jenem traumatischen 7. Oktober hat Marina Chernivsky, die in Berlin die Beratungsstelle OFEK gegründet hat und deren Expertise regelmäßig gefragt ist – wie beispielsweise in einem wissenschaftlichen Gremium zur Aufarbeitung des Antisemitismus-Skandals auf der Kunstaussstellung „documenta fifteen“ im Jahr 2022 – auf eine folgenschwere Diskrepanz hingewiesen: Auf der einen Seite stehe die deutsche Mehrheitsgesellschaft, für die Antisemitismus keine große Sache ist – auf der anderen Seite die jüdische Community, die täglich damit zu tun hat, deren Alltag der Antisemitismus auf brutale Weise mitbestimmt und durchdringt. Marina Chernivsky, die in Berlin das Kompetenzzentrum Antisemitismuskritische Bildung und Forschung leitet, arbeitet derzeit an einer umfangreichen Studie zu den Wirkungen des Terroranschlags vom 7. Oktober auf die jüdische Community in Deutschland. Dazu wurden bereits 80 Interviews geführt.

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung hat Chernivsky mit ihrer Kollegin Friederike Lorenz-Sinai erste Ergebnisse der Studie veröffentlicht und den 7. Oktober als „Zäsur“ benannt. Die Autorinnen lassen in dem Artikel eine Frau, Mitte 30, zu Wort kommen: „Das ist der absolute Horror (...), wie ein Albtraum, der nicht zu Ende geht. (...) Es ist etwas, was mich jeden Tag beschäftigt.“ Eine weitere Interviewpartnerin, Anfang 40, bezeichnet den Tag des Terrors als „Einschnitt“ in ihrem Leben: „Es war (...) schrecklich, und ich habe das Gefühl, dass wir immer noch im Oktober sind. Die Zeit ist stehengeblieben.“ Sie habe das Gefühl, als jüdische Person „eine andere innere Welt“ als ihre

„Das ist der absolute Horror (...), wie ein Albtraum, der nicht zu Ende geht.“



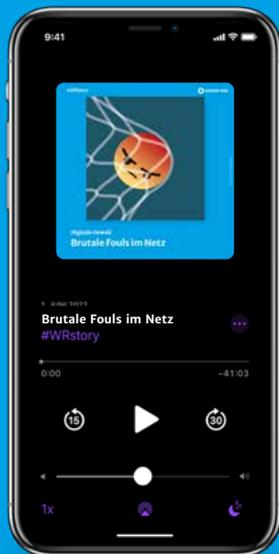
Erschütternde Studienergebnisse: Marina Chernivsky, Gründerin von OFEK, Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
Foto: Jürgen Heinrich / dpa (SZ Photo)

nichtjüdischen Mitmenschen zu erleben. Die Aussagen und Reflexionen aus der jüdischen Community lassen erahnen, wie tief der Terror viele Jüdinnen und Juden hierzulande erschüttert hat. Und wie groß seither das Gefühl der Isolation ist.

Für die allermeisten Menschen ohne jüdische Bezüge ist der 7. Oktober des vergangenen Jahres schon wieder weit weg, lange her. Für jüdische Menschen ist das Trauma allgegenwärtig. Die deutsche Filmemacherin Esther Schapira bezeichnet jenen Tag des Grauens als Beginn eines „globalen antisemitischen Krieges“. Alle Jüdinnen und Juden fühlten sich angegriffen, „weil sie alle angegriffen werden“. Von dieser existenziellen Bedrohung haben jene, die es nicht betrifft, keine Vorstellung. Es scheint, als habe der Terror die Distanz zwischen der nichtjüdischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit im Land eher noch vergrößert. Vor allem anderen wäre es an der Zeit, jenen zuzuhören, für die der Albtraum kein Ende nimmt.

Michael Kraske

#WRstory – Recherche für die Ohren



Die Recherchen und Reportagen aus der Redaktion des WEISSEN RINGS gibt es jetzt auch zum Hören: Mit #WRstory erzählen wir Kriminalitätsgeschichten aus Opferperspektive, nachzuhören bei allen gängigen Streamingdiensten wie Spotify, Deezer und Apple Podcast oder unter www.forum-opferhilfe.de/hoeren.

Wir wollen mit diesem Audioangebot zu einem sensibleren Umgang mit Betroffenen beitragen und erreichen, dass sich ihr Schutz verbessert.



Wir rücken relevante Opferschutzthemen in den Fokus. Neben unseren journalistischen Recherchen (#WRstory) sowie Porträts (#Ehrensache) informieren wir auf forum-opferhilfe.de aktuell über neue Gesetze, Statistiken und Nachrichten.



Spotify



Apple Podcasts



Deezer



Alle #WRstory-Folgen:
www.forum-opferhilfe.de/hoeren

Ausgabe 04/2024

Forum Opferhilfe ist die offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber

WEISSER RING
Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten e.V.

Bundsvorsitzende

Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle

Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
Telefax: 06131 8303-45
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.

Bianca Biwer

Redaktion

Christian J. Ahlers, Christiane Fernbacher, Christoph Klomp, Karsten Krogmann, Nina Lenhardt, Julia Zipfel

Kontakt zur Redaktion

Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
Telefax: 06131 8303-4004
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de
www.forum-opferhilfe.de

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe ist der 7. Februar 2025. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen und zu kürzen.

Titelbild / Illustrationen

3st kommunikation GmbH /
Malte Knaack / Alexander Lehn

Titelbild Ehrensache:

Christian J. Ahlers

Layout und Satz

3st kommunikation GmbH, Mainz

Lektorat

Britta Hübener, Torben Rosenbohm

Druck

Offsetdruck Ockel GmbH,
Kriftel

ISSN 2627-051X



Forum Opferhilfe —
Magazin des WEISSEN RINGS:
www.forum-opferhilfe.de



#WRstory — Audiostories des
WEISSEN RINGS:
<https://weisser-ring.podigee.io>



Der WEISSE RING auf Facebook:
www.facebook.com/weisserring



Der WEISSE RING auf Instagram
www.instagram.com/weisser_ring



Der WEISSE RING auf LinkedIn:
www.linkedin.com/company/weisserringev



Der WEISSE RING auf Threads:
www.threads.net/@weisser_ring



Der WEISSE RING auf YouTube:
www.youtube.de/weisserringev

BEIM HELFEN BRAUCHEN WIR
ALLE HILFE. AUCH IHRE:
SPENDEN.WEISSER-RING.DE



Welche Rolle spielen die sozialen Medien?

Die tragen auf jeden Fall dazu bei, dass es schlimmer geworden ist. Es kommt immer wieder vor, dass Leute nach einem Spiel, das ich gepfiffen habe, meinen Account finden und mir da Nachrichten schreiben. Zum Beispiel mit Videos, auf denen angeblich klar erkennbar ist, was ich falsch gemacht habe. Oft auch Beleidigungen. Das meiste schaue ich mir gar nicht an. Ich kann das ganz gut von mir fernhalten.

Ist es auf den Plätzen in den unteren Ligen schlimmer?

In der Kreisliga wird besonders viel diskutiert. Da wird auch böser gefoult, auch unbeabsichtigt, weil sie den Ball nicht so gut und präzise treffen. Außerdem sind manche der Spieler nicht so regelsicher, deshalb muss ich viel erklären und es wird diskutiert. In der Bezirksliga sind die Spieler oft ballsicherer. Da wird mehr gespielt und weniger geredet.

Sie stehen auch als Spielerin für den VFL Langeland auf dem Platz. Können Sie durch diesen Blickwinkel verstehen, dass beim Spiel die Emotionen auch mal hochkochen?

Klar kann ich das verstehen. Beide Mannschaften wollen gewinnen, und die Fans fiebern mit. Als Schiedsrichterin bin ich auch nicht perfekt und mache vielleicht mal einen Fehler. Dass man kritisiert wird oder Entscheidungen hinterfragt werden, muss man abkönnen, sonst ist es nicht das richtige Hobby für einen. Wichtig ist aber, dass man sich hinterher wieder die Hand geben

kann und dass alle wissen, dass das nur ein Fußballspiel war und dass es danach auch vorbei ist. Was eben nicht geht, ist, wenn die Spieler oder Fans einen dann noch in die Kabine oder zum Parkplatz verfolgen und sich aggressiv verhalten.

Ist es für Sie als Frau anders als für männliche Schiedsrichter-Kollegen?

Mein Eindruck ist, wir Frauen werden mehr beschimpft und beleidigt, bei den Männern wird es eher auch körperlich. Auch wenn es auch bei Kolleginnen schon vorgekommen ist, dass sie körperlich angegriffen worden sind. Ich habe das zum Glück selbst nicht erlebt. Auch wenn es schon Situationen gegeben hat, in denen ich dachte, gleich bekomme ich eine mit.

Sie hatten 2021 gesagt, man müsse sich überlegen, ob es einem noch Spaß macht. Hat es Ihnen denn Spaß gemacht?

Ja, oft hat es auch Spaß gemacht. Es gab immer auch Spiele, die sehr gut gelaufen sind. Vereine, die einen nett empfangen haben, oder Partien, bei denen ich das Gefühl hatte, ich werde gar nicht gebraucht, weil alles so fair lief. Ich würde also mit gemischten Gefühlen aufhören.

Carolin Scholz

„Nach einem Kreisligaspiel wurde ich von einem Anhänger der Mannschaft, die verloren hat, bedrängt. Er ist mir in die Kabine gefolgt und hat sich in die Tür gestellt, um mir die Meinung zu sagen.“



Spielerin und Schiedsrichterin: Lisa Glowatzki (28) · Foto: Rolf Gehrke



Nach dem Ampel-Aus: Konnte die Regierung ihre Versprechen hinsichtlich Kriminalität und Opferschutz einlösen?

Was hat die Regierung hinsichtlich Kriminalität und Opferschutz erreicht?

1. Politische Strategie gegen Gewalt

Im Dezember 2021 ging die Ampelregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP auch mit dem Versprechen an den Start, im Bereich Kriminalität und Opferschutz Verbesserungen zu erreichen. Zwei Jahre später fasste unsere Autorin Laura Hohmann für das Magazin des WEISSEN RINGS in einer kritischen Halbbilanz zusammen, welche Versprechen die Regierung bis dahin bereits umgesetzt hatte – und welche nicht.

Zum Artikel
forum-opferhilfe.de/was-hat-die-regierung-hinsichtlich-kriminalitaet-und-opferschutz-erreicht/



Die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP ist nach rund drei Jahren gescheitert. 2021 ging sie mit dem Versprechen an den Start, auch im Bereich Kriminalität und Opferschutz Verbesserungen zu schaffen. Ende 2023 zog der WEISSE RING Halbbilanz, jetzt wollen wir wissen: Was hat die Regierung tatsächlich umsetzen können, welche Versprechen sind noch offen – und welche Vorhaben sind mit dem Bruch der Ampel nun ebenfalls Geschichte?



I. Politische Strategie gegen Gewalt

Mehr Schutz vor Gewalt, insbesondere für Frauen und Kinder, hatte die Ampelregierung im Koalitionsvertrag versprochen. Angekündigt wurde eine ressortübergreifende politische Strategie gegen Gewalt. Damit einhergehend sollte eine Koordinierungsstelle eingesetzt werden, die die Gewaltschutzmaßnahmen der Bundesregierung koordiniert und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ebenen und der Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft fördert.

Eigentlich war geplant, die nationale Gewaltschutzstrategie Anfang 2025 zu verabschieden. Was jetzt damit passiert, ist offen.

Noch kurz vor dem Bruch der Koalition hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Entwurf für ein Gewalthilfegesetz vorgelegt. Es soll das Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen und deren Kinder absichern und sieht unter anderem vor, dass eine verlässliche und ausreichende Finanzierung des Hilfesystems zum Beispiel für Frauenhäuser geschaffen wird.

Doch mit dem Ende der Ampelregierung könnte nun auch das Gewalthilfegesetz auf der Strecke bleiben.

II. Gesetz gegen digitale Gewalt

Im Koalitionsvertrag versprach die Ampelregierung ein Gesetz gegen digitale Gewalt, um damit die Opfer von Hass und Hetze im Netz besser zu schützen. Bisher wurde im Frühjahr 2023 nur ein erstes Eckpunktepapier vorgelegt. Darin ist geplant, dass Opfer digitaler Gewalt zukünftig leichter Auskunft über die Verfasser rechtswidriger Inhalte erhalten und die vorübergehende Sperrung von Accounts verlangen können.

Noch Ende Oktober teilte eine Sprecherin des Bundesministeriums der Justiz auf Anfrage des WEISSEN RINGS mit, dass das Ministerium an der Finalisierung des Referentenentwurfs zu dem Gesetz arbeitet. Doch jetzt wird das Gesetz gegen digitale Gewalt vorerst wohl nicht umgesetzt werden.

III. Kampf gegen Kindesmissbrauch

Ein weiteres Versprechen im Koalitionsvertrag der Ampel war es, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch zu verbessern. Im Juni 2024 hat das Kabinett einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen stärken soll: Unter anderem soll das bereits existierende Amt der Missbrauchsbeauftragten gesetzlich verankert werden. Das Gleiche gilt für den Betroffenenrat und die Unabhängige Aufarbeitungskommission, die es ebenfalls seit mehreren Jahren gibt. Zusätzlich sollen Beratung und Prävention verbessert werden. Da der Bundestag bereits über den Entwurf berät und die Union das Vorhaben grundsätzlich befürwortet, könnte das Gesetz noch verabschiedet werden.

IV. Effizientere Gerichtsverfahren

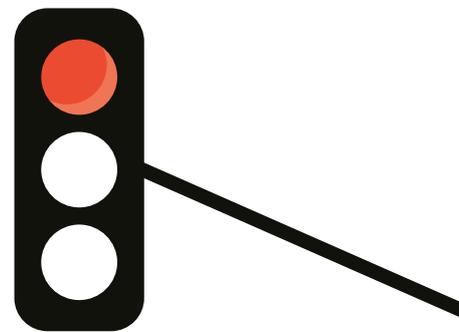
Um Gerichtsverfahren effizienter und schneller zu gestalten, plante der inzwischen entlassene Justizminister Marco Buschmann (FDP) unter anderem, dass Bild- und Tonaufzeichnungen in Vernehmungen und Hauptverhandlungen für Strafprozesse künftig verpflichtend sein sollen. Nachdem daran Kritik aus der Justiz und aus den Bundesländern laut wurde, aber auch vom WEISSEN RING, sah das Gesetz nur noch Audioaufnahmen verpflichtend und Videoaufzeichnungen optional vor. Doch nach der Verabschiedung im Bundestag wurde das Gesetz vom Bundesrat gestoppt. Vorläufig wird es also keine Aufzeichnungen von Strafverfahren geben.

Ein zweites Gesetz von Marco Buschmann ist dagegen im Juli 2024 in Kraft getreten: Das Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und in der Fachgerichtsbarkeit soll regeln, dass die mündliche Verhandlung auf Antrag

einer Partei als Videokonferenz durchgeführt werden kann. Inwiefern die Umsetzung des Gesetzes dann auch praktisch erfolgreich sein wird, bleibt offen. Denn Kritiker merken an, dass der Einsatz von Videotechnik nicht an der Gesetzgebung, sondern an der fehlenden technischen Ausstattung in vielen Gerichtssälen scheitern könnte.

V. Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit – Stand Grundgesetz-Änderung zum Schutz vor Diskriminierung wegen sexueller Identität

Um Menschen stärker vor Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Identität zu schützen, stellte die Ampelregierung in Aussicht, diesen Schutz im Grundgesetz zu verankern. Doch für eine Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat notwendig, und deswegen war die Ampel auch auf die Zustimmung der CDU angewiesen. Die Union zeigte sich zu dem Thema gespalten, die CDU-Spitze hielt das Vorhaben für unnötig. Zur Grundgesetz-Änderung wird es nach dem Koalitionsbruch wohl nicht mehr kommen.



VI. Kampf gegen Extremismus und Rassismus – Stand Demokratiefördergesetz

Die Bundesregierung plante, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um Demokratieförderprojekte besser zu fördern und langfristig finanziell abzusichern. Der Gesetzentwurf liegt schon seit Ende 2022 vor, doch die FDP blockierte das Gesetz. Seitdem konnte die Regierung den Streit über das Gesetz nicht beilegen, es lag auf Eis. Mit dem Ende der Ampelregierung ist es jetzt wohl gescheitert.

Laura Hohmann

Danke

Zocken für den guten Zweck

Mitte September trafen sich im niedersächsischen Göttingen zahlreiche Gaming-Fans. Ihr Ziel beim sogenannten „Zocktoberfest“ war es, Videospiele so schnell wie möglich durchzuspielen. Die Veranstaltung wurde auf den digitalen Plattformen Twitch und YouTube gestreamt, so dass die Künste der Gamer aus Deutschland, Österreich und der Schweiz auch andernorts verfolgt werden konnten. Die Organisatoren vom Germench e.V. verbanden die unterhaltsame Veranstaltung mit einem karitativen Zweck: Am Ende kamen 5.151 Euro zusammen, die schließlich dem WEISSEN RING übergeben wurden.



Begeisterte Teilnehmer beim Zocktoberfest 2024 in Göttingen
Foto: Germench e.V.

Spende nach Diskussion um „Correctiv“

Diese Mail und die damit verbundene Geste hat die Redaktion des WEISSEN RINGS besonders gefreut: „Sehr geehrte Damen und Herren, Sie berichten in der ‚Opferhilfe‘ über ‚Correctiv‘ (Seite 42). Sie führen aus, dass Sie neben Kritik Austrittsmeldungen erhielten. Bitte teilen Sie mir mit, welchen Gesamt-Mitgliedsbeitrag Sie auf ein (das kommende) Jahr gerechnet bezüglich diese Mitglieder ermitteln. Ich beabsichtige, diesen Betrag als Ausgleich einmalig und gesondert zu spenden. Vielen Dank. Mit freundlichen Grüßen, Jens Hansel – Uneingeschränktes und opfermitfühlendes Mitglied“. Tatsächlich hatte unser Interview in der Ausgabe 2/2024 mit der stellvertretenden Correctiv-Chefredakteurin Anette Dowideit über die Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ nicht nur Lob geerntet, sondern auch heftige Kritik (wir haben uns in Ausgabe 3/2024 ausführlich damit beschäftigt). Es gab etwa 15 Vereinsaustritte. Jens Hansel hingegen stärkte

Redaktion und Verein den Rücken und hat den Betrag in Höhe von 786,96 Euro mittlerweile gespendet. Eine großzügige und schöne Geste.

Trödeln und spenden

Unter dem Motto „Von Frauen für Frauen“ fand im niedersächsischen Egestorf ein großer Flohmarkt statt. Rund 20 Teilnehmerinnen boten ihre Produkte an, viele Besucherinnen nutzen die Gelegenheit für einen günstigen Kauf. Doch nicht nur das Trödeln stand an diesem Tag im Mittelpunkt, sondern auch das Unterstützen: Die Organisatorinnen hatten die Veranstaltung mit einem Spendenaufruf verbunden, der Erlös sollte dem WEISSEN RING zugutekommen. Insgesamt wurden 1.000 Euro gesammelt, die zu gleichen Teilen für die Prävention und für die Opferhilfe eingesetzt werden sollen. Die Außenstelle im Landkreis Harburg freute sich über die großzügige Unterstützung. Für das kommende Jahr ist eine Neuauflage des Flohmarkts in erweiterter Form geplant.

Spannung und Spenden

Für ihren Kriminalroman „Blutanger“ (Goldmann-Verlag) hatte die Autorin Elisabeth Herrmann in der Lausitz umfassende Recherchen betrieben; unter anderem war sie zu Besuch bei der Polizei, in der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen und bei weiteren Behörden, um Einblicke in deren Alltag zu erhalten. Bei einer Lesung in Cottbus, die Elisabeth Herrmann nun als Dankeschön verstand, waren unter den Gästen unter anderen Barbara Richstein, Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Brandenburg und im September 2024 zur Bundesvorsitzenden gewählt, sowie Oberbürgermeister Tobias Schick. Die Besucherinnen und Besucher mussten bei der Buchvorstellung keinen Eintritt bezahlen, allerdings warb die Autorin charmant um Spenden für den WEISSEN RING. Verbrechensopfer, das stellte sie an diesem Abend dar, kämen schließlich oft genug zu kurz. Der Opferhilfeverein durfte sich am Ende des Tages über eine Spendensumme von 846,50 Euro freuen.



Oberbürgermeister Tobias Schick und Elisabeth Herrmann mit der Spendenbox für den WEISSEN RING · Foto: Polizeidirektion Süd

Mit Getränken wärmen und helfen

Das Winterdorf gehört zu den festen Programmpunkten an der Technischen Hochschule Mittelhessen in Gießen. Organisiert wird es von Studentinnen und Studenten. Die warmen Getränke werden jeweils gegen eine Spende ausgegeben, bei der letztjährigen Veranstaltung fiel die Wahl des Begünstigten auf den WEISSEN RING. Bei der Spendenübergabe, die jetzt nachgeholt wurde, konnten die Studierenden einen symbolischen Scheck über 1.600 Euro übergeben. Ein herzliches Dankeschön der Außenstelle Gießen, das deren Leiterin Ilona Moosdorf und ihre Vertreterin Juliana Mailliart überbrachten, war der Gruppe gewiss.



Spendenübergabe mit Juliana Mailliart (2. v.l.), Clara Grützmacher (4. v.l.), Ilona Moosdorf (4. v.r.) sowie weiteren Studentinnen und Studenten · Foto: privat

Laut werden gegen Gewalt

Im rheinland-pfälzischen Kaiserslautern fand Ende August eine Veranstaltung statt unter dem Motto „Wir werden laut“. Auf dem Gelände der Gartenschau standen Informationen zum Thema sexualisierte Gewalt im Mittelpunkt. Initiiert hatte den Abend eine Frau aus Kaiserslautern, die vor einiger Zeit selbst Opfer wurde. Beteiligt waren an dem Charity-Abend unter anderem Musikerinnen und Musiker, auch Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Rheinland-Pfalz, war vor Ort. Der Erlös des Abends von mehr als 1.000 Euro kommt dem WEISSEN RING zugute.

Sportliche Polizei

Außerordentlich sportlich wurde es im niedersächsischen Oldenburg. Das Gesundheitsmanagement der dortigen Polizeidirektion hatte zu einer Sport- und Bewegungs-Challenge aufgerufen. Das Ziel: so viele Bewegungsminuten wie möglich in den Sportarten Schwimmen, Radfahren, Kraftsport, Laufen und Wandern zu sammeln. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Stolz 396.758 Minuten kamen insgesamt zusammen. Dieses Resultat stärkte nicht nur die

Fitness der Teilnehmenden, sondern auch Vereine und Hilfsorganisationen, denn parallel fand eine Spenden-sammlung statt. Aus der Gesamtsumme von 2.000 Euro wurden dem WEISSEN RING 600 Euro übergeben, die Petra Klein, Leiterin der Außenstelle Oldenburg, dankend entgegennahm.



Petra Klein (2. v.r.) bedankte sich für die Spende der Polizeidirektion Oldenburg. · Foto: Polizeidirektion Oldenburg

Langjährige Verbindung

Regelmäßig setzt sich die Fußballabteilung des Post SV Gera aus Thüringen für die Belange des WEISSEN RINGS ein. Bei der letztjährigen Weihnachtsfeier veranstalteten die Kicker eine Tombola, die 100 Euro Erlös wurden jetzt übergeben. Abteilungsleiter Sven Nehrhoff überreichte die Spende an Janine Berger-Pahs, ehrenamtliche Mitarbeiterin in der Außenstelle Gera (Stadt).



Janine Berger-Pahs nimmt den Spendenscheck von Sven Nehrhoff entgegen. · Foto: Levin Weber

Der WEISSE RING dankt ausdrücklich für alle Spenden! Leider kann die Redaktion nicht alle Aktionen veröffentlichen.

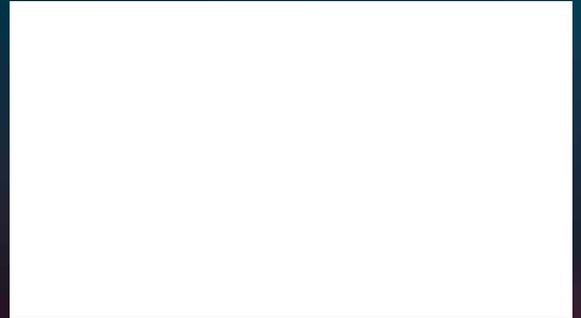


WEISSER RING

Wir helfen Kriminalitätsoffern.

GOGREEN

Wir versenden klimafreundlich
mit der Deutschen Post



365 Tage

24/7



**Digitale Angriffe
können verletzen
und Betroffene
schwer schädigen.**

**DIGITALE
GEWALT**

**REALE
FOLGEN**



weisser-ring.de/digitalegewalt